Hamburg, 10. November 1901. Nr. 45. 9. Jahrgang.

Holzarbeiter-Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes
sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich, Sonntags.
Abonnementspreis M. 1 pro Quartal, ohne Bringegeld.
Post-Nr.: 3470.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlich für die Redaktion: A. Röske, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigentheil: H. Stubbe, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg-Eimsbüttel, Bismarckstr. 10.

Inserate
für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 ₰,
Vergnügungsanzeigen und Stellenvermittelungen 20 ₰,
Versammlungsanzeigen 10 ₰. Beilagen nach Uebereinkunft.

Kollegen! Die Zeit ist ernst, denn die Reaktionäre sind an der Arbeit. Wahret Eure Rechte, einig und treu haltet zu Eurer Organisation!

Zur Beachtung!

Des Bußtages wegen muß die Nr. 47 der „Holzarbeiter-Zeitung" bereits am Dienstag Nachmittag gedruckt und versandt werden. Alle Mittheilungen, die in der betreffenden Nummer noch Aufnahme finden sollen, müssen bereits Montag, den 18. November, Nachmittags, in unseren Händen sein. D. Red.

Lohnbewegung.

(Erfolgt nicht mindestens alle zwei Wochen eine nähere Mittheilung über den Stand des Streiks bezw. der Differenzen, streichen wir die Orte unter dieser Rubrik.)

Zuzug ist fern zu halten von:

Tischlern nach Jena (Berndt & Naumann), Blankenese (W. Gehler), Leopoldshöhe bei Lippe (Grote), Schwedt (E. Schultz);
Tischlern, Drechslern und Maschinenarbeitern nach Schönlanke (A. Levy & Co.);
Drechslern nach Kingersheim i. Els. (Stockfabrik);
Perlmutter-Knopfdrechslern nach Berga (Rob. Meier jr.);
Bürstenmachern nach Lippstadt (Wiehe und Hoings);
Korbmachern nach München (Schild, Baaderstr. 37), Neuzelle (W. Götzke), Berlin (E. Schlesinger);
Uhrgehäusearbeitern nach Schmölln (Trommler);
Celluloidarbeitern nach Leipzig (Fabrik J. Mendelsohn).

Handwerk und Zolltarif.

Der neue Zolltarif plant nicht nur eine Begünstigung der Agrarier auf Kosten der großen Masse der Bevölkerung, er will auch angeblich der Industrie nützen. Wollte man die letztere Behauptung nach der Passivität der Handwerker bemessen, könnte man leicht zu der Meinung hinneigen, daß es wirklich wahr sei. Keine einzige Berufsklasse steht der geplanten Erhöhung der Lebensmittel und der höheren Besteuerung der Rohprodukte so gleichgültig gegenüber, als gerade die Handwerker. Das ist einestheils erklärlich. Sie rühmen sich ja auf allen ihren „Tagen", echt patriotische Männer zu sein, konservativ und königstreu bis auf die Knochen, sie ersterben in Ehrfurcht vor jedem ihnen als Gast zugesandten Regierungsreferendar, wenn er im Auftrage eines „Edelsten der Nation" ihren Verhandlungen beiwohnen will. Wenn in schwulstigen Reden versichert wird, daß die Regierung den Verhandlungen mit größter Aufmerksamkeit folge, daß sie ihr Bestes thun werde, um den Handwerkerstand zu heben, ihm den goldenen Boden wieder zu bringen, dann wissen sich die Herren Handwerker vor lauter Begeisterung garnicht zu helfen und sie lassen alles hoch leben, was ihnen Versprechungen macht. Daß sich die Handwerker zu den Leuten hingezogen fühlen, die selbst oder deren Hintermänner die Klinke der Gesetzgebung in der Hand haben, versteht sich von selbst.

Was ist aber bei all' den schönen Versprechungen herausgekommen? Nichts, was die Handwerker auch nur im Mindesten befriedigt hätte, weder die großen noch die kleinen. Aber es wird trotz des Unwillens über die Nichterfüllung des gegebenen Versprechens weiter daran geglaubt, daß die Regierung dem Handwerk helfen werde und daß die konservativen Gruppen und das Zentrum dabei Hülfsbereitschaft leisten. Diese versprechen das Blaue vom Himmel herunter, wenn sie sich die Handwerker nur als Stimmvieh erhalten können. Ein guter Theil der Handwerker ist mißtrauisch geworden und erwägt, ob es nicht praktischer sei, Männer aus dem Handwerk in die gesetzgebende Körperschaft zu wählen; aber es kommt nichts darnach und sie klammern sich nach wie vor an Die, welche ihnen „helfen" wollen. Eine solche Hülfe ist den Handwerkern auch im Entwurf zum neuen Zolltarif in Aussicht gestellt, nämlich die Fernhaltung der ausländischen Konkurrenz, durch Erhebung hoher Einfuhrzölle auf fertige Gebrauchsgegenstände. Diese Schutzzölle sind auf allen Handwerkertagen gefordert worden; aber daran hat man nicht gedacht, daß die auswärtigen Staaten schließlich zu dem gleichen Mittel greifen dürften, und da wird Deutschland immer den Kürzeren ziehen, da es für seine Industrie auf die Einführung von Rohstoffen angewiesen ist.

Wir haben schon früher des Oefteren erwähnt, daß die Handwerker nicht so konsequent sind; während sie die Einfuhr fertiger Waaren erschweren wollen, stürmen sie auf die Regierung ein, daß diese bei den Regierungen der fremden Staaten Zollerleichterungen für die Einfuhr deutscher Produkte erwirken solle. Mit wie viel größerem Recht könnten z. B. Amerika, England, die Schweiz u. A. die Einfuhr deutscher Produkte erschweren, da sie theils ihrer Billigkeit halber konkurrirend auf die Industrie des Auslandes einwirkten; daran ändert die Thatsache garnichts, daß die deutschen Produkte allerdings gerne gekauft werden, da sie solide sind, aber unentbehrlich sind sie darum nicht geworden. Amerika, das einen unermeßlichen Reichthum an Rohstoffen aller Art aufweist, ist sehr wohl im Stande, den eigenen Bedarf zu decken und könnte recht gut auf die deutsche Einfuhr verzichten. Aber Deutschlands Industrie ist ohne die Rohstoffe Amerikas (Holz, Kupfer, Baumwolle, Gerbstoffe usw.) vollständig lahm gelegt. Es kann also bei bedeutend erhöhtem Schutzzoll sehr wohl der Fall eintreten, daß die Grenzen des Auslandes nicht nur den deutschen Waaren verschlossen sind, sondern daß das Ausland sich in der Nichtabgabe der Rohstoffe revanchirt. Man kann doch schließlich von den Ausländern nicht verlangen, daß sie den Deutschen gegenüber eine Lammesgeduld zeigen müssen, wo sie alles Das selbst produziren können, was von Deutschland eingeführt wird.

Wir wollen nicht bestreiten, daß ein Schutzzoll unter gewissen Voraussetzungen eine ökonomische Berechtigung haben kann, und zwar dann, wenn es sich wirklich darum handelt, einem Produktionszweig, der die Konkurrenz nicht vertragen kann, zu Hülfe zu kommen. Sobald der Nothstand aber beseitigt ist, muß auch der Schutzzoll aufgehoben werden. Amerika, das sich gegen deutsche und englische Konkurrenz durch hohe Einfuhrzölle geschützt hatte, steht nach der letzten Rede des ermordeten Präsidenten Mac Kinley zu urtheilen, im Begriffe, die Schutzzölle aufzuheben, da die Industrie Amerikas es mit jeder Konkurrenz aufnehmen kann; und wenn es wahr ist, daß die deutsche Industrie sich die Märkte der ganzen Welt erobert hat, dann bedarf sie eines Schutzzolles nicht mehr.

Vorläufig wird die deutsche Regierung zu dieser Einsicht noch nicht kommen, wie der neue Zolltarifentwurf beweist. Man kann es unter Umständen verstehen, wenn der deutschen, für die Ausfuhr produzirenden Industrie zu Liebe die ausländische Einfuhr gleicher Produkte erschwert wird, aber ganz unverständlich ist die Erschwerung der Einfuhr von Rohstoffen, auf welche die deutsche Industrie angewiesen ist, die entweder nicht in genügender Menge oder überhaupt nicht in Deutschland produzirt werden.

Wir wollen für die Möbelindustrie und den Schiffbau nur das so unentbehrliche Mahagoni- und Teak-, das Pitch-pine-, Nußbaum-, Catechu-, Pockholz und viele andere Holzsorten erwähnen, für die Drechslerei das Bambus- und Pfefferrohr, für die Korbmacherei die verschiedensten Materialien, wie Esparto, Schilf, Panama, Rohr, die Büstenindustrie braucht chinesische Borsten, Fiber, Horn, Elfenbein, Schildpatt, Kautschuck usw. Was wären alle diese und Hunderte anderer Gewerbe ohne die aufgezählten Rohstoffe? Sollte es der Entwickelung und dem Bestande dieser Industriezweige nicht viel dienlicher sein, wenn die Rohstoffe zu einem bedeutend niedrigeren Preise bezogen werden könnten? Wer die Fachpresse verfolgt, kennt die Klagen, welche erhoben werden über die stete Steigerung der Preise, die vielen Zollschwierigkeiten und die Konkurrenzunmöglichkeiten mit einigen Staaten, die die Rohstoffe, welche Deutschland für schweres Geld kaufen und obendrein noch den hohen Einfuhrzoll tragen muß, für die Hälfte des Werthes haben können. Soll dieser Zustand durch den Zolltarif noch verschlechtert werden?

Man denke nur daran, um welche ungeheure Summe sich die Produktionskosten der Ledergerbereien steigern würden, wenn, wie beabsichtigt, das bisher zollfreie Quebrachoholz mit M. 2 pro Doppelzentner verzollt werden müßte. Bei dem gegenwärtig verwandten Quantum würde die Summe rund 4 Mill. Mark betragen. Dadurch würde einestheils die Konkurrenz mit dem Auslande noch mehr erschwert, zum Anderen würde aber auch die Lebenshaltung der Arbeiter herabgedrückt werden, nicht nur dadurch, daß die Unternehmer einen Theil der Mehrkosten auf die Arbeiter abwälzen, sie würden auch unter dem Druck der überflüssig gewordenen Arbeitskräfte leiden müssen. So würde es sein in der Textil-, in der Konfektions-, in der Metall-, in der Holzindustrie und vielen anderen. Da sozusagen ein Industriezweig vom anderen abhängig ist, würden alle unter der Erhöhung der bestehenden bezw. Einführung von neuen Zöllen leiden müssen, und die Maßnahmen, die angeblich dem Handwerk und der Industrie nützen sollen, können nur Schaden bringen. Vortheil haben auch bei einer ganzen Reihe Industriezölle nur die Großgrundbesitzer, soweit sie Produzenten nicht nur des Brotgetreides, sondern auch verschiedener für die Industrie nöthigen Rohstoffe sind, wie z. B. des Holzes, der Felle, der Wolle und des Spiritus. Durch die hohen Einfuhrzölle wird ermöchlicht, daß der inländische Produzent seine Waare zu dem gleich hohen Preise verkaufen kann, welchen der ausländische Importeur infolge des hohen Einfuhrzolles festzusetzen gezwungen ist, wenn er seine Rechnung finden will. Sollte es der inländischen Produktion möglich sein, in einzelnen Artikeln den gesammten Inlandsbedarf zu decken (was aber, wie die Ein- und Ausfuhrziffern beweisen, unmöglich ist), so kann der Schutzzoll nach Umständen die fremde Zufuhr vom heimischen Markte ganz ausschließen. Das wäre dann der Zeitpunkt, wo der Weizen der Junker blühen könnte, die Handwerker, die dann auch noch für ihre eigenen Haushalte die Mehrkosten der Lebensmittelbesteuerung tragen müßten, können dann nur allmälig einpacken, ihnen schlägt die Stunde nicht mehr, wo das Handwerk seinen goldenen Boden wiederfindet.

Die Bedeutung der Arbeitsvermittelung für den proletarischen Klassenkampf.

Die Arbeitslosigkeit beginnt in verschiedenen Berufen wieder einmal akute Formen anzunehmen. Merkwürdigerweise scheint sich auch diese Ueberzeugung bereits bei der hohen Regierung Bahn gebrochen zu haben, wie ein Rundschreiben des Ministers des Innern beweist. Die Regierung legt dabei Gewicht auf die bestehenden Arbeitsnachweisstellen und meint — wie es in der ministeriellen Korrespondenz aus Berlin heißt —, daß hauptsächlich die in den Industriegebieten vorhandenen allgemeinen Arbeitsnachweisanstalten mit denjenigen der landwirthschaftlichen Bezirke und überhaupt mit den von den Landwirthschaftskammern, Innungen und dergleichen eingerichteten Nachweisstellen Fühlung suchen, um bei dem Freiwerden von industriellen Arbeitskräften diese thunlichst wieder der Landwirthschaft und dem Handwerke zuzuführen. Bei dem auf dem platten Lande, und vielfach auch in den kleineren Städten herrschenden Mangel an Arbeitern läßt sich eine immerhin nicht unerhebliche Zahl Arbeitsloser auf diese Weise unterbringen.

Dieser von hochamtlicher Weisheit zeigende Vorschlag entspricht ganz der bisher geübten preußischen Sozialpolitik. Die Arbeitsnachweisstellen in den industriellen Gebieten, die wieder einmal von den Folgen der vorhandenen Krise heimgesucht werden — sollen also vermittelnd in der Weise eingreifen, daß man dem überschüssigen industriellen Proletariat einen Abfluß nach den paradisischen Gefilden der — ostelbischen Landjunker verschafft. Damit soll der Noth der industriellen Arbeiterschaft, soweit diese von den etwaigen Folgen der Krise betroffen wird, einstweilen gesteuert und zugleich den ständigen Klagen wegen Leutemangel auf dem Lande abgeholfen werden. Daß freilich ein solcher Vorschlag bei dem Umstande, daß die Arbeitsverhältnisse in der Landwirthschaft in ihrer ganzen abschreckenden Wirklichkeit allbekannt sind, auf sehr wenig Verständniß bei der industriellen Arbeiterschaft stoßen wird, ist von vornweg klar. Gar viele werden vielleicht lieber mit Rücksicht auf die Zustände, wie sie heute noch immer in der Landwirthschaft sowohl als auch beim Kleingewerbe bestehen, selbst eine längere Periode völliger Arbeitslosigkeit einer Beschäftigung vorziehen, die bei übermäßig langer Arbeitszeit und schlechter Behandlung weder die spärlichen Wohlthaten eines kümmerlichen Arbeiterschutzes noch einen zum täglichen Auskommen zureichenden Arbeitslohn gewährt.

Die Arbeitsnachweisstellen, wie man sie heute in den modernen Industriestaaten kennt, sind sicherlich eine nicht zu unterschätzende Einrichtung praktischer Sozialreform. Daß man sie aber kurzweg dazu haben möchte, um einer bestimmten Klasse beutegieriger Unternehmer hülfreich unter die Arme zu greifen und zugleich den kulturellen Bestrebungen bestimmter Arbeiterkategorien nach Verbesserung ihrer Klassenlage gefährlich zu werden, das entspricht weder ihren idealen Zwecken, noch aber können sich die Arbeiter vom Standpunkte des Klassenkampfes mit einer derart direkt schädlichen Handhabung einverstanden erklären. Der Vorschlag, den das genannte ministerielle Rundschreiben den betheiligten Faktoren unterbreitet, ist auf alle Fälle lehrreich und sollte gerade von den dabei am meisten interessirten Gewerkschaften als ein deutlicher Hinweis darauf aufgefaßt werden, wie sie für alle Zukunft der so ungemein wichtigen Frage der Arbeitsvermittelung gegenüber zu stehen haben. Gegen die kommunalen Arbeitsnachweise, die heute bei ihrer Bedeutung vielfach in erster Linie in Betracht kommen, wird man gerade aus den hier berührten Gründen gut thun, die reservirte und von nicht ganz unberechtigtem Mißtrauen erfüllte Haltung, die die organisirte Arbeiterschaft bisher eingenommen hat, auch für weiterhin zu bewahren. Damit sollen die ersprießlichen Leistungen der kommunalen Vermittelungen, wie man sie beispielsweise in Frankreich, Belgien und der Schweiz aufzuweisen hat, gewiß in keiner Weise als geringwerthig herabgesetzt werden. Daß ihre Einrichtung in den genannten Ländern ihren Zwecken und ihren Aufgaben gewachsen ist, beweist uns sowohl die Pariser Arbeitsbörse (la bourse du travail), die durch ihre Uebergabe an die Gewerkschaftssyndikate bei den großen Streiks und allen anderen gewerkschaftlichen Aktionen treffliche Dienste leistete — als auch die Brüsseler Einrichtung, deren Aufgabe bisher hauptsächlich darin bestand, die Arbeitslosigkeit einzuschränken, die Stabilität der Lohnsätze zu fördern und die Entwickelung der Gewerkschaftsorganisation zu beschleunigen. Daß die reichsdeutschen kommunalen Vermittelungen diesen vorbildlichen Charakter, wie den hier angeführten, keineswegs besitzen, bildet unseres Erachtens Grund genug, ihnen gegenüber eine gewisse Reserve zu bewahren, so lange nicht der Einfluß der Arbeiter darauf stark genug ist, um die darin leider nur zu oft auftretenden spießbürgerlichen und arbeiterfeindlichen Regungen mit Erfolg zu pariren. Nun haben wir aber gesehen, daß man hier zu Lande noch nicht einmal vermocht hatte, den städtischen Arbeitsvermittelungen im Falle eines Streiks auf jeden Fall eine Direktive für ihr Verhalten aufzuerlegen. Und das ist keine nebensächliche, sondern eine Frage, der unter Umständen schwerwiegende Bedeutung beizumessen ist. Während bei einigen deutschen städtischen Arbeitsnachweisen Bestimmungen für den Fall eines Streiks nicht getroffen sind, und das Verhalten von einem jeweiligen Entschlusse erst abhängig gemacht werden muß, hat bei den kommunalen Vermittelungen in Stuttgart und Ulm die Stellenvermittelung auch während der Dauer eines Ausstandes in einer Branche fortgesetzt zu werden, obwohl sich in Ulm die Arbeiter gegen ein Funktioniren in einem Streikfalle ausdrücklich ausgesprochen haben. Wo man es also mit den auf das städtische Vermittelungswesen Einfluß nehmenden spießbürgerlichen, reaktionären und unternehmerfreundlichen Stadtverwaltungen zu thun hat, dort besteht aber naturgemäß überall die Gefahr, daß man bei Lohnkämpfen die Lieferung von Streikbrechern an die Unternehmer besorgt, wenn, wie schon erwähnt, die Arbeiter in der Verwaltung selbst nicht das entsprechende Gegengewicht gegenüber derartigen Tendenzen bilden. In Wien z. B., wo sich die städtische Arbeitsvermittelung in den Händen der Christlichsozialen befindet, hat man sich auch aus diesem Grunde die Sache bequem gemacht und erklärt, die Frage, ob bei einem Streik die Vermittelung fortgesetzt werden solle, hänge ganz von dem Ermessen bei jedem einzelnen speziellen Falle ab. Wie nun dabei die Interessen der Arbeiter zuweilen bedenklich Schaden leiden können, das soll hier noch an einem besonderen Falle gezeigt werden. Als in Deutschböhmen vor etwa drei Jahren der nationale Chauvinismus bei dem Bürgerthum seine Wiederauferstehung feierte, warfen die Fabrikanten und Gewerbetreibenden der Stadt Reichenberg i. B. zahllose Arbeiter deshalb auf's Pflaster, weil — sie Tschechen waren. Sofort trat die städtische Arbeitsvermittelung in Aktion, die Tausende von männlichen und weiblichen Arbeitskräften durch öffentliche Kundmachungen als Ersatz zu gewinnen suchte. Was aber hier aus nationalen Beweggründen geschah, das kann anderwärts noch viel früher aus wirthschaftlichen Gründen versucht werden.

Die Lehren, die sich aus solchen und ähnlichen Betrachtungen für die Gewerkschaften ergeben, können nur darauf hinauslaufen, daß wir uns mit aller Kraft auf das Vermittelungswesen zu werfen haben. Die Regellosigkeit in Industrie und Gewerbe, die in dem sogenannten „Umschauen" der Arbeiter besteht, schließt nicht allein infolge ihrer bettelhaften Art etwas Dehmüthigendes für diesen selbst in sich, sondern bedeutet auch insofern eine wirthschaftliche Schädigung, als durch das Ueberangebot, das durch das Ueberlaufen der einzelnen Etablissements entsteht, eine Gefahr für die Stabilität der Lohnsätze hervorgerufen wird. Nicht allein durch die Gewinnung von erhöhtem Einfluß der Arbeiter auf die städtischen Arbeitsvermittelungen sollen diese vor Entwerthung geschützt werden, die eigentliche Hauptaufgabe jeder Gewerkschaft selbst muß es sein, das Vermittelungswesen kräftig in die Hand zu nehmen, um durch dessen Ausbau die Gestaltung des Arbeitsverhältnisses immer mehr dem Willen der Gesammtheit unterzuordnen. Man wird hier freilich einwenden, daß der gewerkschaftliche Arbeitsnachweis auf die Voreingenommenheit der Arbeitgeber stoßen werde, die so lange, als nicht die ideale Zeit da sein wird, wo alle Arbeiter von der gewerkschaftlichen Arbeitsvermittelung Gebrauch machen — von dieser nichts werden wissen wollen. Wo nun die Gewerkschaften noch nicht kräftig genug sind, um unabhängig von allen anderen Institutionen das Vermittelungswesen mit Erfolg führen zu können, dort schlägt die Berliner „Sattler-Zeitung" in ihrer Nummer vom 1. Juni vor, es mit der Zwangsinnung und zwar in der Weise zu versuchen, daß die Gehülfenorganisationen durch eine Vertretung entsprechenden Einfluß auf die Vermittelung ausüben können. „Die Dresdener Zwangsinnung der Tapezierer", sagt das genannte Gewerkschaftsblatt, „ist da bereits mit gutem Beispiel vorangegangen. Sie hat gemeinsam mit dem Gehülfenausschuß beschlossen, das „Umschauen" abzuschaffen; nach Arbeit anfragende Gehülfen sollen nicht mehr berücksichtigt werden, auch soll das Inseriren nach Arbeitern unterbleiben. Die Meister sollen gehalten sein, ihren ganzen Bedarf an Arbeitern ausschließlich durch den Arbeitsnachweis zu decken."

Wenn wir auch nicht zweifeln, daß einem solchen Vorschlag, der nur für das Kleinhandwerk Sinn hätte, viele Arbeitsgeber als in ihr „freies Selbstbestimmungsrecht" eingreifend, ohne Weiteres von sich weisen werden, so ist die Sache immerhin einiger Beachtung werth. Freilich darf man damit die eigentliche gewerkschaftliche Arbeitsvermittelung keineswegs aufgeben. Wo immer auch für ihre exakte Funktion Hindernisse vorhanden sind, sie werden zu bewältigen sein, sobald die Gewerkschaft durch die organisatorische Kleinarbeit erst einmal jene Bedeutung für die Branche gewonnen hat, die ihr im heutigen wirthschaftlichen Leben zukommt. Bei guten Zeiten aber, wo die Industrie der Arbeitskraft bedarf, muß mit dem Werke begonnen werden, dann auch wird es uns gelingen, die Arbeitsvermittelung den Händen unserer Gegner zu entwinden, um sie zu einem wirksamen Bindemittel der gewerkschaftlichen Bewegung zu machen, mit deren Hülfe es uns möglich sein wird, Anschläge, die zu Zeiten ungünstiger wirthschaftlicher Konjunkturen auf das Arbeitsverhältniß versucht werden, mit Erfolg zu pariren.

Fr. L.

Die Geschäftslage im Berliner Wagenbau, der Korb-, Bürsten- und Pinselindustrie, diversen Drechslerei- und sonstigen Holzindustrieberufen im Jahre 1900.

Ueber den Geschäftsgang in der Berliner Musik-Instrumenten-Industrie und Tischlerei haben wir bereits in den Nummern 29 und 43 der „Holzarbeiter-Zeitung" berichtet, so daß uns nur noch übrig bleibt, eine kurze Uebersicht über die Situation in den sonstigen Holzindustrieberufen zu liefern.

Das Geschäft im Wagenbau wird als „im Allgemeinen zufriedenstellend" bezeichnet, nur im dritten der veröffentlichten Berichte aus dieser Branche wird das Gegentheil behauptet. Das Geschäftsjahr sei dem deutschen Wagenbau im Allgemeinen „nicht sehr günstig gewesen, trotzdem die größeren Firmen der Branche Bestellungen in genügender Zahl hatten." Die Rohmaterialienpreise, besonders die Kohlenpreise, seien wesentlich höher gewesen als im Vorjahre. „Zu dem kam, daß die Arbeiter, besonders in Berlin, bei gleichen oder erhöhten Lohnsätzen eine kürzere Arbeitszeit durchsetzten. Diese den Wagenfabrikanten aufgezwungenen erhöhten Kosten verminderten in den meisten Fällen den Reingewinn, da die Preise für die fertigen Erzeugnisse nicht im Verhältnisse der Unkosten stiegen." Den Wagenfabrikanten gelang es anscheinend nicht, ähnlich den Tischlermeistern, diese Unkosten durch Erhöhung der Preise auf das Publikum abzuwälzen. Ganz so schlimm mag es mit der solcherart erfolgten Verminderung des Reingewinns nun wohl auch nicht sein, sonst wäre es unbegreiflich, daß die übrigen Berichterstatter in diese Klage nicht einstimmen. In bewegten Tönen wird darüber Klage geführt, daß fast alle fremde Staaten auf Wagen einen sehr hohen Zoll gelegt haben, während ausländische Wagen in Deutschland für einen sehr geringen Zoll eingeführt werden können. Es wird direkt verlangt, es solle eine Erhöhung der Einfuhrzölle auf Luxuswagen vorgenommen werden. Ob ein solches Vorgehen eine Besserung der Geschäftslage im Wagenbau herbeizuführen in der Lage ist, dürfte sehr zu bezweifeln sein. Der deutsche Wagenbau könnte sich damit allerdings auf dem Inlandsmarkt die Konkurrenz des Auslandes vom Leibe halten, würde sich aber immer mehr der Gefahr ausgesetzt sehen, daß ihm durch weitere Zollhindernisse der dadurch geschädigten Ausländer der Absatz im Ausland erschwert wird. Und das würde für diese Industrie zu unangenehmen Folgen führen, denn die Handelsstatistik beweist, daß die Ausfuhr in Wagen und Schlitten gerade im letzten Jahre ganz enorm in die Höhe geschnellt ist; sie betrug 1897 noch *M* 310 000, 1898 gar nur *M* 286 000, steigerte sich im Jahre 1899 auf *M* 486 000 und im Vorjahre gar auf *M* 1 140 000. Demgegenüber blieb die Einfuhr in diesen vier Jahren fast stabil, sie betrug 1897 *M* 467 000, 1898 *M* 416 000, 1899 *M* 464 000 und 1900 *M* 442 000. Angesichts dieser Sachlage einen erhöhten Zollschutz der heimischen Arbeit gegen die ausländische Konkurrenz zu fordern, ist nur jenen Unternehmern möglich, die über dem Bestreben, es den Agrariern im Geschrei nach Zollschutz und Profitalimenten gleichzuthun, die naheliegenderen Handelsinteressen der eigenen Industrie vergessen. Die obigen Zahlen können den Wagenbauunternehmungen nur nahelegen, für eine Besserung der Handelsbeziehungen mit dem Auslande Sorge zu tragen, denn die deutsche Wagenbauindustrie entwickelt sich immer mehr zur Exportindustrie.

In der Korbwaaren-Industrie Berlins geht die Fabrikation der Luxus- und Tapisserieartikel, in welchen dieser Platz vor mehreren Jahren obenan stand, immer mehr zurück. Die Bayern (in der Gegend von Bamberg, Lichtenfels bis Koburg) beherrschen hierin jetzt vollkommen den Markt. Es haben sich daselbst infolge der billigen Hausindustrie bedeutende Großfirmen gebildet, welche diese Artikel hauptsächlich nach Amerika und England, aber auch nach den Niederlanden, nach Schweden, Rußland, Oesterreich, der Türkei und nach Spanien absetzen. Das Inland wird von einer Anzahl kleinerer dortiger Firmen bedient. Auch führen die Berliner Grossisten zum großen Theil schon bayerische Waare, doch bleibt ihr Umsatz hauptsächlich auf Deutschland beschränkt. Der Detailverkauf dieser Waaren liegt jetzt in Berlin zum größten Theil in den Händen der Bazare und Waarenhäuser, wo er vielfach als Reklameartikel verwendet wird und infolgedessen im Preise sehr gedrückt ist. Demgegenüber hat die Fabrikation von Korbmöbeln in den letzten Jahren eine bedeutende Ausdehnung erfahren. Ein Exportgeschäft ist wegen des großen Volumens und der hohen Eingangszölle nicht recht möglich, doch steigt der Absatz im Inlande und in Berlin fortwährend. Es wird berichtet, daß trotz der Erhöhung der Rohmaterialienpreise das Profitergebniß ein zufriedenstellendes war, da es gelang, auch die Preise der Fertigfabrikate in die Höhe zu treiben. Die Kollegen sehen, daß die Herren Unternehmer es in den meisten Fällen verstehen, mit dem Rücken an die Wand zu kommen. Von ihren Lohnbewegungen reden sie wie von etwas Selbstverständlichem, während bei Lohnbewegungen der Arbeiter, die doch in weit größerem Maße als bei Jenen in der ungünstigeren Gestal-

tung der Lebensmittelpreise begründet sind, ein Zeter und Mordio über die unverschämten Forderungen der Arbeiter angestimmt wird. — Die Preise in gewöhnlicher Marktwaare waren infolge der Konkurrenz äußerst gedrückt. Ebenso wird von der Kugelkorbbranche, die in den letzten zwei Jahren nur schwach beschäftigt war, berichtet, daß die Preise sowohl für die Unternehmer wie für die Arbeiter recht gedrückt waren, „und die Unternehmer haben in dieser Zeit wohl durchweg ohne Gewinn, theils sogar mit Verlust gearbeitet.“ Wenn das Thatsache ist — und in Bezug auf den Preisdruck wäre das festzustellen —, so liegt die Schuld nicht zum Wenigsten an den Berliner Fabrikanten selbst, die durch ihre Unterbietungen in's Blaue hinein diese Entwickelung vorbereitet haben. Wenn im Uebrigen zum Schluß festgestellt wird, daß die Lohnverhältnisse der Kugelkorbarbeiter eher besser sind als in den übrigen Korbbranchen, so kennzeichnet das wohl am besten die ungünstige Lage der Korbarbeiter überhaupt, denn die Löhne der Arbeiter in der Kugelkorbbranche haben in den letzten Jahren unter der Schmutzkonkurrenz der Kugelkorbfabrikanten sehr stark gelitten.

Von der Bürsteninduſtrie wird geklagt, daß sie infolge der Preissteigerungen der Rohmaterialien einen schweren Stand gehabt habe, da von den Konsumenten demgegenüber nur ganz vereinzelt etwas höhere Preise gezahlt worden sind. Dazu drücke die Konkurrenz der Blindenanstalten, Arbeiterkolonien und Strafanstalten sehr fühlbar auf den Markt, ebenso die Konkurrenz der Waarenhäuser. Ueber die Durchführung der durch Bundesrathsverordnung vom 28. Januar 1899 vorgeschriebenen Desinfektion ausländischer Borsten und Haare wird nach den gemachten Erfahrungen mitgetheilt, daß sie keinen Schaden an Material verursacht hat. Die vor Einführung der Vorschriften gehegten Befürchtungen, daß das Material darunter leiden würde, haben sich nicht bestätigt. Es geht also auch so; um so unverständlicher erscheint es, daß noch jetzt viele Fabrikanten der Durchführung dieser Verordnung in ihren Betrieben Widerstand entgegensetzen, obwohl sie dadurch das Leben ihrer Arbeiter auf's Schwerste gefährden.

Die Kistenfabriken waren schlecht beschäftigt. Der Grund hierfür liegt in der allgemeinen Geschäftsstockung. Auch in der Büsten- und Schaufensterdekorationsbranche herrschten ungünstige Absatzverhältnisse. Die Steigerung der Preise der Rohmaterialien und die Konkurrenz der Heimarbeiter, dann die Schmälerung des Absatzes in Mittelgeschäften infolge der für diese immer fühlbarer auftretenden Konkurrenz der großen Waarenhäuser wirkten hier niederdrückend.

Die Elfenbeinwaareninduſtrie ist sich in den letzten Jahren ziemlich gleich geblieben. Fächer, Platten zu Visits und Büchern, Knöpfe, Schmucksachen, Griffe zu Damenschirmen 2c. aus Elfenbein sind noch nicht wieder in Mode gekommen, so daß Elfenbein immer noch am meisten zu Toilettenartikeln gebraucht wird. Die Kammfabrikation führt ebenfalls ein stilles Dasein, und auch das Geschäft in Billardbällen läßt viel zu wünschen übrig. Auch in der Knopffabrikation hat die ungünstige Konjunktur weiter angehalten. Besonders wird über den mit England hauptsächlich infolge des südafrikanischen Krieges eingetretenen Geschäftsrückganges geklagt, ebenso über den rapiden Rückgang des amerikanischen Geschäfts, was jedenfalls auf die Entwickelung der dortigen Industrie zurückzuführen ist. Auf die Entwickelung des Geschäfts in Büffelhornknopf-Fabrikation hat die Mode einen sehr günstigen Einfluß ausgeübt. In diesen Branchen wird über den Rückgang an alten, tüchtigen Arbeitern geklagt, die infolge der ungünstigen Arbeitsverhältnisse in den letzten Jahren ihren Berufen in vielen Fällen den Rücken gekehrt haben. Das ist den Arbeitern nicht zu verdenken, um so mehr, als die Fabrikanten es meist an Entgegenkommen haben fehlen lassen und gerade in dieser Branche notorisch die schlechtesten Arbeitsverhältnisse mit herrschen.

Durch das östliche Thüringen.

Von dem Vorstand des 12. Gaues zu einer Agitationstour durch die Zahlstellen des Gaues eingeladen, folgte ich dieser Einladung um so lieber, da ich einige der in Betracht kommenden Zahlstellen bereits vor drei Jahren anläßlich einer Agitationstour durch Thüringen besucht hatte und zum großen Theil für mich bekannte Gebiete in Frage kamen. Uebt es doch immer einigen Reiz aus, den Stand der Bewegung an den früheren Erfahrungen zu messen, zu prüfen, ob wir weiter und wie weit wir gekommen sind. Der Anfang, der am Sonnabend, den 12. Oktober, mit einer öffentlichen Holzarbeiterversammlung in Naumburg gemacht wurde, war nun allerdings kein vielversprechender, von insgesammt 104 Mitgliedern des Verbandes waren nur zirka 25 erschienen, ebenso viel, als in der von mir vor drei Jahren dort abgehaltenen Versammlung anwesend waren. An diesem Versammlungsbesuch, der durchaus nicht ungünstiger war als bei sonstigen ähnlichen Gelegenheiten, das Stärkeverhältniß der Naumburger Holzarbeiter und in weiterem Sinne der Gewerkschaften überhaupt gemessen, würde man zu recht schlechten Ergebnissen kommen. Thatsächlich liegt die Sache so, daß die Mitglieder wohl an ihrer Organisation festhalten, u. A. regelmäßig ihre Beiträge zahlen, darüber hinaus aber in größerer Zahl zu einer regen Mitarbeit in ihrer Organisation nicht zu bewegen sind. Die Versammlungen werden schlecht besucht, dafür sind ein großer Theil der Mitglieder so sehr in Vergnügungsvereinen und am Skatkloppen interessirt, daß ihre Interesselosigkeit am Verbandsleben unüberwindlich scheint. Dabei besitzt gerade die Naumburger Zahlstelle unseres Verbandes eine Reihe recht tüchtiger Kräfte, um die manche größere Zahlstelle sie mit Recht beneiden könnte, aber ihre Thätigkeit findet eben an der Interesselosigkeit der Kollegen recht enge Grenzen gezogen.

In Zeitz, wo am 13. Oktober Morgens Versammlung war, konnte eher noch ein ungünstigeres Ergebniß festgestellt werden. Zwar waren zirka 80 Kollegen erschienen, aber was ist das verglichen mit den zirka 1500 Holzarbeitern, die in Zeitz beschäftigt sind. Auch hier fehlt es nicht an tüchtigen Kräften innerhalb unserer Organisation, aber die Indifferenz der Zeitzer Kollegen scheint eben unüberwindlich zu sein. Und gerade die Holzarbeiter in der dortigen Korb- und Musik-Instrumentenindustrie hätten es so nothwendig, an eine Besserung ihrer Verhältnisse zu denken. In der Versammlung zu Weißenfels, die am gleichen Tage Abends stattfand, waren ganze 12 Mann erschienen — die gewöhnliche Zahl der Versammlungstheilnehmer. Nun ist ja die Holzindustrie in Weißenfels nicht besonders stark vertreten — etwa 50 Kollegen sind dort beschäftigt — und dann wird in den beiden größeren Betrieben, zwei Trommelfabriken, ein strammes Regiment geführt, wodurch die dort beschäftigten Arbeiter der Organisation bisher meist fern gehalten wurden, immerhin sind solche Ergebnisse für die dortigen Leiter des Verbandes und für die thätige Kollegenschaft wenig ermuthigend, um so mehr, da sie uns immer wieder der Möglichkeit entrücken, unsere Organisation so zu kräftigen, daß sie im Stande ist, mit Erfolg eine Verbesserung der gewiß traurigen Lage der dortigen Holzarbeiterschaft herbeizuführen.

Ungleich günstiger war die Versammlung, die am 15. Oktober in Altenburg stattfand. Gegen 150—160 Kollegen waren erschienen, um gegen den neuen Zolltarif, der gerade für die Holzindustrie recht unangenehme Folgen hat, zu protestiren. An der Versammlung, die zumeist aus älteren Kollegen zusammengesetzt war, konnte man seine Freude haben. Auch die Versammlung in Schmölln war besser besucht, als ich nach den vorherigen Schilderungen der dortigen Situation es vorausgesetzt hatte. Immerhin, was sind 200 Personen für Schmölln, wo allein die Knopfindustrie ein ungleich höheres Kontingent an Arbeitern stellt. Für die Schmöllner Knopfarbeiter wäre es wahrlich an der Zeit, daß sie endlich ihre Gleichgültigkeit gegenüber der Organisation, die sie seit dem großen Streik recht unangenehm auszeichnet, fallen lassen.

Die Versammlung in Greiz, am 17. Oktober, war den Umständen nach gut besucht. Das Lokal war annähernd besetzt, ein Beweis, daß die dortigen Kollegen, die unter der Ungunst der Krisis sehr zu leiden haben, selbst auf einen besseren Versammlungsbesuch nicht hofften, da sie sonst ein größeres Versammlungslokal gewählt haben würden. Auch die Versammlung in Zeulenroda war leidlich besucht; etwa 140 zumeist organisirte Arbeiter waren erschienen. Die dortige Gewerkschaftsbewegung hat unter dem durch einige Personen hervorgerufenen Zank sehr zu leiden und auch unser Verband ist dadurch stark in Mitleidenschaft gezogen. Aufgabe der Versammlung sollte es sein, den Zank aus dem Wege zu schaffen, das wurde aber vereitelt dadurch, daß einige Personen, die an den Streitigkeiten die Hauptschuld tragen, einer Rechtfertigung aus dem Wege gingen, indem sie im kritischen Momente verdufteten. Unseren Kollegen wird es hoffentlich gelingen, durch zielsicheres Eingreifen die Bewegung zu befestigen und Streitigkeiten persönlicher Art von den Gewerkschaften in Zukunft fern zu halten.

Ein erfreuliches Bild bot die Versammlung in Triebes, wo unsere Kollegen gut organisirt sind und fast vollzählig erschienen waren. Nicht so in Gera, wo das außergewöhnlich schöne Herbstwetter so nachtheilig auf den Versammlungsbesuch einwirkte, daß dieselbe vertagt werden mußte. In Eisenberg, wo ein guter Stamm von Kollegen den Verband auf der Höhe hält, war die Versammlung leidlich besucht. Gegen 70 Kollegen waren erschienen, doch sah ich Mehrere, die nicht anwesend waren. Auch in Bürgel verlief die Versammlung sehr befriedigend. Etwa 60 Kollegen waren erschienen, zirka dreimal so viel als in der Versammlung vor drei Jahren, auch der Geist der dortigen Kollegen, ausschließlich Stockdrechsler, ließ nichts zu wünschen übrig. In Rudolstadt waren dafür nur zirka 25 Kollegen der Versammlungseinladung gefolgt. Die dortigen Kollegen, namentlich die älteren, befinden sich noch zu sehr im Banne der Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine und die von diesen gepflegte Harmoniedusselei scheint ja für sie das beste Organisationsprinzip zu sein. Ob es Zufall war, daß die Hirsche auf den folgenden Tag eine Holzarbeiterversammlung einberufen haben, in der der „Generalsekretär“ Bambach reden sollte, weiß ich nicht. Von unserer Versammlung hielten sie sich fern, obwohl Herr Bambach am 24. Oktober bereits in Rudolstadt war. Die beste Versammlung war unstreitig am folgenden Tage in Saalfeld, wo annähernd 150 Personen erschienen waren und 10 Neuaufnahmen in den Verband gemacht wurden. Die Versammlung, die den besten Eindruck machte, beschäftigte sich mit den Folgen des neuen Zolltarifs für die Holzindustrie, die dort in hohem Maße am Außenhandel interessirt ist. In Pößneck war die Versammlung nicht besonders gut besucht. Zwar waren am Schluß zirka 40—50 Kollegen anwesend, dafür fehlten aber mehrere Mitglieder des Verbandes, die es jedenfalls vorgezogen haben, bei den verschiedenen Hasen-, Gänse- und Karpfenessen, oder dem Turnvereinsvergnügen sich zu präsentiren, als ihrem naheliegenden Interesse folgend die Versammlung zu besuchen. Im Uebrigen sind die Kollegen dort ganz gut organisirt, nur, wie gesagt, etwas mehr Bethätigung im Verbande wäre am Platze. Auch die Versammlung in Neustadt a. d. O. zeigte kein besonders ermuthigendes Bild. Etwa 25 Kollegen waren erschienen, aber was ist das bei der großen Zahl der dort beschäftigten Holzarbeiter? Ein befriedigendes Bild bot demgegenüber die Versammlung, die am Abend desselben Tages in Gera stattfand. Gegen 150—180 Kollegen waren, zum Theil mit ihren Frauen erschienen, um gegen den Zolltarif, der auch für die Geraer Holzindustrie recht unangenehme Folgen zeitgen dürfte, Front zu machen, was zum Schluß durch einstimmige Annahme einer im Sinne meines Referats gehaltenen Resolution geschah. Recht unangenehm wirkte es, daß gerade die Arbeiter des Hauptberufs unserer Industrie in Gera, der Musikinstrumentenfabrik Spähte, die doch das größte Interesse an dem Nichtzustandekommen des Zolltarifs bethätigen sollte, durch das Geschäftsgebahren dieser Firma, das organisirte Arbeiter in ihrem Betrieb nicht duldet, sich abhalten ließen, an dieser Versammlung theilzunehmen. Herr Spähte, der Vorstandsmitglied des Musikinstrumenten-Unternehmerverbandes ist, hat sich die Lehren, die die „Musikinstrumenten-Zeitung“ den Arbeitern in Bezug auf Bekämpfung des Zolltarifs ertheilt hat, selbst noch nicht zu Gemüthe geführt, sonst würde er die Bewegungsfreiheit seiner Arbeiter in dieser schweren Zeit nicht hemmen.

Zum Schluß seien mir einige allgemeine Bemerkungen über meine Beobachtungen und Erfahrungen, die ich auf dieser Agitationstour gesammelt, erlaubt. Zunächst machte sich bei den meisten Versammlungen großer Mangel an entsprechender Vorbereitung zu denselben bemerkbar. Ich bin überzeugt, wenn man in Zukunft den Arrangements und Vorbereitungen zu Versammlungen etwas mehr Sorgfalt zuwendet, werden sich im Allgemeinen bessere Ergebnisse mit unserer Agitation erzielen lassen, wie auch bei dieser Tour gerade dort Erfolge zu Tage traten, wo zu den Versammlungen agitirt worden war. Dann wirkt die Geschäftskrise in vielen Orten geradezu lähmend auf die Organisationsthätigkeit. In Orten, wie Zeitz, Saalfeld, Gera, liegen die Geschäfte auch in unserer Industrie sehr darnieder, so daß beispielsweise in Gera eine ganze Anzahl verheiratheter Kollegen in Leipzig arbeiten mußten. Und doch ist, Alles in Allem genommen, ein Fortschritt in der Bewegung Thatsache, was ich in mehreren der Orte feststellen konnte, die ich bereits vor drei Jahren berührt hatte.

Ernst Deinhardt.

Rundschau.

Bruno Schönlank, Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“ und Reichstagsabgeordneter für Breslau-West, ist am 30. Oktober in Leipzig einem schweren Nervenleiden erlegen. In ihm verlieren nicht nur die Leipziger Genossen, sondern auch die deutsche Sozialdemokratie einen der fähigsten Köpfe, die je für die Freiheit des arbeitenden Volkes gekämpft haben. Schönlank war einer von den Wenigen, die, idealistisch veranlagt, ihr ganzes Können und Wissen, ja ihr Leben in der selbstlosesten Weise in den Dienst der Arbeiterbewegung stellten. Er hat als wissenschaftlicher Schriftsteller und Redakteur sowohl als auch als Agitator und Parlamentarier Großes für das Proletariat geleistet. Das wird ihm nie vergessen werden. Ehre seinem Andenken!

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Der Zahlstelle Frankfurt a. d. Oder wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung ertheilt, vom 1. Dezember d. J. an einen Lokalbeitrag von 5 ₰ pro Woche neben dem ordentlichen Verbandsbeitrag zu erheben. Die Mitglieder in Frankfurt a. d. O. haben also ab 1. Dezember einen Wochenbeitrag von insgesammt 80 ₰ zu entrichten.

Desgleichen wird der Zahlstelle Neckarau die Genehmigung ertheilt, ab 1. November d. J. einen Lokalbeitrag von 10 ₰ pro Monat neben dem ordentlichen Verbandsbeitrag zu erheben.

Ebenso wird der Zahlstelle Jena hiermit die Genehmigung ertheilt, mit Wirkung vom 4. Quartal 1901 einen Lokalbeitrag von 10 ₰ pro Vierteljahr neben dem ordentlichen Verbandsbeitrag zu erheben.

Nachstehende als verloren gemeldete Mitgliedsbücher werden hiermit für ungültig erklärt:

3685 Georg Schmidt, Modelltischler, geb. ? zu Altona.
24233 Max Haugk, Tischler, geb. 22. 10. 83 zu Borna.
67818 Paul Großkopf, Tischler, geb. 28. 10. 81 zu Zossen.
85078 Otto Weber, Schreiner, geb. 12. 3. 82 zu Lahr.
91669 Wilhelm Borchert, Masch.-Arb., geb. 15. 1. 61 zu Neuruppin.
94282 Gottlob Bühler, Schreiner, geb. 3. 11. 82 zu Waldorf.
97069 Johann Grigowski, Bürstenmacher, geb. 28. 5. 48 zu Thorn.
106853 Ernst Mohrenhardt, Schreiner, geb. 8. 2. 71 zu Ansbach.

Stuttgart, den 4. November 1901.

Der Verbandsvorstand.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

15. Gau. Vorort Hamburg.

Eine vom Gauvorstand Ende September und Anfang Oktober in den Zahlstellen des Gaues veranstaltete Umfrage hat ergeben, daß in dieser Zeit die Geschäfte in den uns interessirenden Berufen noch leidlich gut gingen. Nur von Lauenburg, Segeberg und Uetersen wird die Konjunktur als mittelmäßig, von Elmshorn, Glückstadt, Pinneberg und Winsen als schlecht, von den übrigen Zahlstellenverwaltungen als gut bezeichnet.

Die einzelnen Berufe waren beschäftigt: Die Tischler in Altona, Blankenese, Estebrügge, Geesthacht, Hamburg, Lockstedt, Schiffbeck gut — das mag, wie z. B. in Hamburg, wo die durch die Sanirung günstig beeinflußte Bauthätigkeit wiederum ihre günstigen Folgen auch für die Tischlereiberufe ausübt, zumeist an den örtlichen Verhältnissen liegen —, in Bergedorf, Elmshorn, Glückstadt, Lauenburg, Oldesloe, Pinneberg, Segeberg, Uetersen und Winsen war die Konjunktur zum Theil flau, zum Theil sogar sehr schlecht. Von

den Orten, wo andere Berufe noch in Betracht kommen, ist hervorzuheben, daß von Segeberg für alle diese Berufe die Konjunktur als eine mittelmäßige, von Elmshorn für alle Branchen flau, für Bürstenmacher als so schlecht bezeichnet wird, daß zeitweilig nur halbe Tage gearbeitet wird; für Holzpantoffelmacher ist die Konjunktur in Pinneberg sehr gut, für Drechsler in Uetersen gut, für Stellmacher in Schiffbeck leidlich gut, in Lauenburg flau, in Hamburg befriedigend, ebenso wie dort Drechsler noch einigermaßen gut beschäftigt waren. Für Schiffbautischler, Musikinstrumentenarbeiter und Modelltischler war die Konjunktur zum Theil gut, für Kistenmacher und Maschinenarbeiter flau. Besonders ungünstig war die Lage für die Korbmacher. Eine kleine Bestellung in Kugelkörben hatte diesen Sommer etwas belebend gewirkt, indessen lagen zur Zeit der Umfrage in dieser Branche die ganzen Geschäfte darnieder. In Kugelkörben ist nur wenig Arbeit, so daß es einem der Unternehmer schon gelang, den Preis auf 80 ₰ herunterzuschrauben, gegenüber ℳ 1,13 in diesem Sommer und ℳ 5 vor einigen Jahren. In der Grünkorbbranche machte es sich unangenehm bemerkbar, daß Obst am heimischen Markt genügend Abnehmer fand und somit größerer Export nach England, der sonst größere Nachfrage nach Grünkörben brachte, nicht stattfand; so sind die Berichte einstimmig darin, daß die Geschäfte für Korbmacher sehr schlecht gehen. Allgemein wird aus Glückstadt berichtet, daß niemals in den letzten 6 Jahren in der Holzindustrie ein so schlechter Geschäftsgang zu verzeichnen war, in Oldesloe ist jetzt schon zum Theil reduzirte Arbeitszeit eingeführt worden.

Die Verwaltungen der Zahlstellen Harburg und Lüneburg haben sich an der Beantwortung der Fragen leider nicht betheiligt.

Ueber den Mitgliederstand ist festzustellen, daß trotz des geschäftlichen Niederganges die Zahl der Mitglieder sich gleich geblieben, zum Theil sogar weiter gestiegen ist. Sie zeigte am 1. Juli 1901 gegen 1. Januar 1901 sogar eine Zunahme in Altona von 502 auf 558, Bergedorf von 62 auf 82, in Hamburg von 2860 auf 2884, in Estebrügge von 24 auf 40. Geringere Zunahmen wurden festgestellt in Elmshorn von 34 auf 36, in Geesthacht von 203 auf 207, Lockstedt von 38 auf 41, Schiffbeck von 34 auf 36, Segeberg von 13 auf 18, Wandsbek von 123 auf 128; gleichgeblieben ist die Mitgliederzahl in Pinneberg; ein Rückgang wurde festgestellt in Blankenese von 38 auf 34, Lauenburg von 25 auf 22, Oldesloe von 22 auf 20, Uetersen von 17 auf 16, Winsen von 25 auf 19; doch dürfte dieser Rückgang wohl mehr auf Abreise organisirter Kollegen von den betreffenden Orten, als auf ein mangelhafteres Organisationsinteresse zurückzuführen sein.

Von Lüneburg und Harburg, von wo Ergebnisse nicht vorliegen, abgesehen, hat unsere Organisation im 15. Gau trotz der Ungunst der Verhältnisse also Fortschritte gemacht. Das darf auch nicht anders sein, Kollegen! Wir dürfen nicht mehr in den Fehler verfallen, in der Zeit der Krise fatalistisch die Hände in den Schooß zu legen, wir müssen gerade in dieser Zeit an den Ausbau der Organisation denken. Seit der Erhebung ist ein Monat verstrichen; wie wir aus eigener Anschauung wissen, sind seit dieser Zeit die Geschäfte auch in denjenigen Orten und Branchen mehr zurückgegangen, die oben noch als günstig bezeichnet werden. In solchen Zeiten sollten die Kollegen sich mehr als je auf die Organisation stützen, diese auszubauen versuchen, damit sie uns in späteren Zeiten bessere Werkzeuge abgeben als bisher.

Alle Briefe und sonstige Sendungen sind zu adressiren an: Ernst Deinhardt, Hamburg-Eimsbüttel, Schwenkestraße 40, 3. Et.

Der Gauvorstand. J. A.: Ernst Deinhardt.

Korrespondenzen.

(Die Schriftführer der Zahlstellen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben.)

Backnang. Eine öffentliche Holzarbeiterversammlung, in der Karl Kloß aus Stuttgart über: „Flotter Geschäftsgang und Krisis und deren Einwirkung auf die Arbeiter" referirte, fand hier am 27. Oktober statt. In einem zweistündigen Vortrage erklärte der Referent, daß trotz flottem Geschäftsgang, der seit den Jahren 1896—1899 anhielt, den Arbeitern nicht nur sehr wenig bewilligt wurde, sondern sie sich auch noch Lohnkürzungen und Arbeitszeitverlängerungen gefallen lassen mußten. Der Referent führte an, daß im Jahre 1900 nicht weniger als 62 Angriffstreiks in 1160 Werkstätten mit 8604 Arbeitern stattfanden, ferner 70 Abwehrstreiks in 31 Geschäften mit 1692 Arbeitern, ebenso in 40 Fällen Lohnkürzungen und in 10 Fällen Verlängerung der Arbeitszeit. Die Devise der Unternehmer: „Wir wollen Herren im eigenen Hause sein", habe sich bei dem Stuttgarter Schreinerstreik recht bemerkbar gemacht, denn 14 Wochen dauerte es, bis die Arbeit wieder überall aufgenommen wurde. Die Verkürzung der Arbeitszeit müsse auch für die Folge unsere größte Aufgabe sein. Es muß dahin gestrebt werden, daß nicht auf einer Stelle 16—18 Stunden gearbeitet wird und anderwärts Hunderte von Beschäftigungslosen auf der Straße umherirren und hungern müssen. Auch den Backnanger Kollegen wolle er dies an's Herz gelegt haben.

Berlin. Am 30. Oktober fand die Generalversammlung bei Keller, Koppenstraße, statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der verstorbenen Mitglieder Schipplick, Röbe, Ehmke, Nolsen, Pielenhagen, Brust und Weinert in der üblichen Weise geehrt. Dann nahm die Versammlung den Vorstandsbericht entgegen. Im dritten Quartal fanden 1 Generalversammlung, 2 Vertrauensmännerversammlungen, 1 kombinirte Sitzung der Kontrollkommission und 12 Ortsverwaltungssitzungen statt. Eine Vertrauensmännerversammlung nahm Stellung zu den geplanten Lebensmittelzöllen. Die kombinirte Sitzung befaßte sich mit dem Schiedsspruch in Sachen der Hamburger Akkordmaurer. Die Ortsverwaltung bewilligte in 36 Fällen Rechtsschutz. 21 Mal handelte es sich um Lohnforderungen, 4 Kollegen klagten, weil sie mitten im Akkord entlassen worden sind, 2 strengten Beleidigungsklagen gegen ihre Meister an. Einspruch gegen ein Strafmandat wurde einmal erhoben. In drei Fällen waren Kollegen wegen Beleidigung, Hausfriedensbruch und Körperverletzung angeklagt. Auch hier wurde Rechtsschutz gewährt. Fünf Klagen sind gegen die Fachzeitung wegen Beleidigung angestrengt worden. Der Inhaber der Firma Grün & Hetwig, der von zwei Kollegen verklagt worden ist, wurde freigesprochen, weil ein Angestellter ohne dessen Kenntniß die Meldung gemacht hatte. Auch der Verleger der Fachzeitung, Obermeister Rochardt, ist freigesprochen worden. Das Gericht nahm an, daß er in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt habe. Ein Kollege, der die Firma Töpke verklagt hatte, ist abgewiesen worden. Der Kläger hatte bei Beginn der Arbeit gewußt, daß er einen Akkord übernahm, deshalb wäre er verpflichtet gewesen, die Arbeit fertigzustellen. Die meisten Prozesse sind noch nicht zu Ende geführt worden, sogar vom vorigen Jahre schweben noch zwei Prozesse. Ferner wurden in den Verwaltungssitzungen verhandelt: Lohndifferenzen, Streiks und Werkstattangelegenheiten 37 Mal, Darlehngesuche und Unterstützungsanträge 31 Mal. Stellungnahme zu Maßregelungen 22 Mal, von denen 16 anerkannt und die betreffenden Kollegen unterstützt worden sind. Mit dem Verein der Holzbearbeitungsmaschinenarbeiter wurde ein Uebereinkommen getroffen, nach welchem die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes auf dem Arbeitsnachweis dieses Vereins in derselben Reihenfolge Arbeit nachgewiesen erhalten, wie die Mitglieder desselben. Alle auf dem Bureau des Holzarbeiterverbandes einlaufenden Adressen von Fraisereibetrieben werden jenem Nachweis überwiesen. Der Kassenbericht lag gedruckt vor. Die Hauptkasse hatte eine Einnahme von ℳ 31 326,30 und eine Ausgabe von ℳ 43 340,02 zu verzeichnen. Die Lokalkasse hat ℳ 23071,69 Einnahme und ℳ 10 331,95 Ausgabe. Der Kassenbestand vom zweiten Quartal betrug ℳ 90 347,44, der Bestand für das vierte Quartal ist auf ℳ 103 087,18 gestiegen. Für Streiks verausgabte die Hauptkasse ℳ 1892,50, die Lokalkasse ℳ 863,55 (gegen ℳ 20 284,30 im 2. Quartal); für Reiseunterstützung: Hauptkasse ℳ 282,15, Lokalkasse ℳ 64,90; für Gemaßregeltenunterstützung: Hauptkasse ℳ 1212,50, Lokalkasse ℳ 424,95; Unterstützung in Sterbefällen: Hauptkasse ℳ 915, Lokalkasse ℳ 56; Umzugsunterstützung: Hauptkasse ℳ 30; Rechtsschutz: Hauptkasse ℳ 198,58, Lokalkasse ℳ 357,23; Unterstützung in Nothfällen: Lokalkasse ℳ 115; Darlehen an in Noth gerathene Mitglieder: Lokalkasse ℳ 485. Als Ergänzung des Kassenberichtes theilte der Kassirer mit, daß im 3. Quartal 1103 männliche und 2 weibliche Mitglieder aufgenommen wurden. Die Mitgliederzahl stieg um 600 und betrug am 1. Oktober 12 260. Gegen das vorhergehende Quartal sind 8000 Beiträge mehr eingenommen worden; außerdem wurden 5000 Wochen als arbeitslos abgestempelt. Die streikenden Glasarbeiter erhielten aus der Lokalkasse ℳ 2500 im 3. Quartal, im 4. Quartal bis jetzt ℳ 500. Für die Nienburger Streikenden hatte die Verwaltung schon vorher ℳ 500 bewilligt, so daß die Glasarbeiter von der Berliner Zahlstelle ℳ 3500 erhalten haben. Dem Vorstand des Tabakarbeiterverbandes sind ℳ 2500 überwiesen worden, außer den ℳ 1000, die die Tabakarbeiter schon im vorigen Quartal erhielten. Die Berliner Bauanschläger wurden mit ℳ 150 unterstützt. Auf Antrag der Revisoren ertheilte die Versammlung dem Kassirer Decharge. Auf den Kassenbericht folgte die Berichterstattung des Arbeitsvermittlers. Auf dem Arbeitsnachweis gingen 1025 Adressen von 775 Unternehmern ein. 751 Kollegen konnte Arbeit nachgewiesen werden. Arbeitslose hatten sich 2215 gemeldet. In 57 Werkstätten mußte der Arbeitsvermittler wegen Streiks und Differenzen mit den Unternehmern in Unterhandlung treten. Aus der Bibliothek wurden 2692 Bücher geliehen, za. 400 mehr als im 2. Quartal. Die Kontrolkommission der Tischler hat 44 geschäftliche und 332 Werkstattsitzungen abgehalten. Zu den Werkstattsitzungen sind 887 Werkstätten eingeladen worden und 464 erschienen. In den erschienenen Werkstätten betrug die Zahl der beschäftigten Arbeiter 6084, davon waren 4551 organisirt. In den Werkstattsitzungen hatten sich 4024 Kollegen eingefunden, darunter befanden sich 501 Nichtorganisirte. Die Kommission der Klavierarbeiter hielt 4 geschäftliche und 32 Werkstattsitzungen ab. Zu den Sitzungen eingeladen wurden 59 Betriebe. Aus 46 Werkstätten hatten die Kollegen den Einladungen Folge geleistet. In diesen 46 Betrieben waren 1476 Kollegen beschäftigt und 640 organisirt, 639 besuchten die Werkstattsitzungen, von diesen gehörten 491 dem Verband und 36 anderen Organisationen an. Sämmtliche Berichte nahm die Versammlung mit Beifall und Zustimmung entgegen. Der Antrag auf Ausschluß der Mitglieder Lorentz (Buch-Nr. 9397), Pakanowitz (5170), Wetzel (78 098) und Worzidlo (7809) wurden von der Versammlung gutgeheißen.

Berlin. Die Kammmacher beklagten sich in ihrer letzten Branchenversammlung darüber, daß die bei J. Kretzschmann beschäftigten Kollegen sich garnicht um die Organisation ihrer Mitarbeiter kümmern und dem sehnlichsten Wunsch ihres Werkführers, „mit den organisirten Kammmachern möglichst wenig zu verkehren", peinlichst Rechnung tragen. Daß der Werkführer damit sicher nicht in ihrem Interesse handelt, vermögen diese beschränkten Kollegen nicht einzusehen. Hoffentlich wird ihnen recht bald einmal ein Seifensieder aufgehen. Von den organisirten Kollegen können wir mit Befriedigung sagen, daß sie trotz der schlechten Konjunktur doch regeres Interesse zeigen als im Vorjahre. (Das ist aber auch dringend nöthig, denn es gilt, eine Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse abzuwehren und dazu bedarf es des regsten Interesses und des einigsten Zusammenstehens aller Kollegen.) Es wurde dann die Neuwahl der Agitationskommission vorgenommen, in welche statt bisher 3 jetzt 8 Kollegen gewählt wurden.

Blomberg. Ueber: „Die wirthschaftliche Krisis und ihre Folgen" referirte am 20. Oktober Kollege Kastrop aus Bielefeld in einer öffentlichen Holzarbeiterversammlung in trefflicher Weise. Der Besuch war ein guter, so daß auch eine lebhafte Debatte über die hiesigen Arbeitsverhältnisse der drei Stuhlfabriken stattfand; die drei Firmen haben seit Anfang August eine Lohnreduzirung von 5—35 pZt. vorgenommen und die Arbeiter haben dieselbe widerspruchslos angenommen, denn von den zirka 100 Holzarbeitern sind nur 12 organisirt. Auch hatte es die Firma Otto Krohne versucht, in der „Holzarbeiter-Zeitung" zu annonciren, was aber nicht geschehen ist, und so hat Herr Krohne sich tüchtige Stuhlbauer und Polirer (letztere sind Mitglieder des Möbelpolirerverbandes) von Hannover kommen lassen, mit dem Versprechen, daß sie ℳ 3,50 täglich verdienen können, was aber bei den schlechten Akkordpreisen mit einem zehnprozentigen Lohnabzug nicht möglich ist. Nach einem kräftigen Appell an die Anwesenden, sich dem Deutschen Holzarbeiterverband anzuschließen, erfolgten einige Aufnahmen und Schluß der Versammlung.

Darmstadt. Wie wohl überall, so wurde auch hier, nachdem unsere diesjährige Lohnbewegung endgültig beendet war, dieselbe in der letzten Mitgliederversammlung einer eingehenden Kritik unterzogen. Nachdem Kollege Golanbeck kurz all die Vorgänge, die vor und während der Bewegung in Betracht kamen, erörtert hatte, war man im Allgemeinen, die Verhältnisse berücksichtigend, wie sie hier eben lagen (unsere Forderungen hatten nämlich nicht die Genehmigung des Hauptvorstandes gefunden) der Meinung, daß wir mit unserer Lohnbewegung zufrieden sein können. Nur wurde allgemein verurtheilt, daß der Hauptvorstand betreffs Genehmigung von Streiks doch etwas zu schablonenmäßig vorgeht und all die günstigen Momente, wie sie hier eben lagen, von ihm nicht in Betracht gezogen wurden; die hiesigen Kollegen behalten sich vor, dem nächsten Verbandstage einige Anträge zu unterbreiten, welche nach dieser Richtung hin Remedur schaffen sollen. Zum Schluß wurde dann noch folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Versammlung hält das Verhalten des Hauptvorstandes, betr. die Genehmigung unseres Angriffstreiks, nicht für richtig, insofern, als er unserer vorbereiteten Lohnbewegung erst in letzter Stunde die Genehmigung versagte. Die Kollegen erwarten, daß der Hauptvorstand so früh über seine Stellungnahme zu einem Streik entscheidet, daß es der Verwaltung noch möglich ist, eine geplante Lohnbewegung ohne Schaden für die Organisation zurückzustellen. Ferner verspricht die Versammlung, auch fernerhin den Verband nach besten Kräften zu stärken."

Eckernförde. (Berichtigung.) Der „feine" Kollege, vor dem wir in voriger Nummer warnten und der gegenwärtig in Kiel ist, heißt nicht Franz Schär, sondern Franz **Stier.**

Greifenhagen. Selten macht sich wohl die diesjährige Geschäftskrisis in der Korbmacherei an einem Orte so fühlbar wie in dem unserigen, und überhaupt in der ganzen Umgegend von Stettin. Schon im Sommer, wo sonst der flotteste Geschäftsgang war, mußten mehrere Leute wegen Arbeitsmangel abreisen. Nun wurde die Werkstätte der Wittwe Malchow geschlossen, wodurch sieben Kollegen arbeitslos wurden, darunter sechs Verheirathete, von welchen einige nach außerhalb mußten. Dazu kommt noch, daß in Pommernsdorf keine Ballonkörbe mehr gebraucht werden. Wie aber die Arbeitgeber jetzt auf dem Posten sind, um einen kleinen Revanchezug gegen die Arbeiter zu machen, ist kaum zu glauben. Besonders thut sich der Arbeitgeber W. Köhnke hervor. Trotzdem er ja noch jung ist, versteht er doch schon, alte Leute zu chikaniren. Es ist hier üblich, am Sonnabend eine Stunde früher Feierabend zu machen, das kümmert Herrn K. aber nicht. Als er an einem Sonnabend um 8 Uhr, Abends, in einer Wirthschaft daran erinnert wurde, daß es Lohntag sei, meinte er ganz ironisch: „Wem es nicht paßt, der kann ja gehen, ich brauche keine Gesellen, denn ich kann mich noch allein ernähren." Das bestreiten wir nicht, allerdings muß Der, welcher sich mit eigener Hände Arbeit durchschlagen will, schon etwas besser zulangen und darf sein Arbeitsmaterial nicht auf seiner Arbeitswerkstätte verfaulen lassen. Meister K. hat den auch schon zwei verheiratheten Kollegen den Laufpaß gegeben, nicht um nun wirklich allein sich zu ernähren, sondern um ledige Korbmacher einzustellen, damit er sie der größeren Rentabilität halber in Kost und Logis nehmen kann. Wir hoffen, über die gegenwärtige Krise hinweg zu kommen und bitten die auswärtigen Kollegen, so viel wie möglich uns mit dem Zuzug zu verschonen, besonders die Werkstätte des oben geschilderten Herrn Köhnke zu meiden. Sobald wieder bessere Verhältnisse eintreten, wollen wir sofort berichten, und ist uns jeder Kollege wieder willkommen.

Harzburg. In einer außerordentlichen Mitglieder-Versammlung sprach hier Kollege Miehe aus Braunschweig. Er ermahnte am Schlusse seines 1½stündigen Vortrages zum treuen Zusammenhalten, damit, wenn die Krise einer günstigeren Geschäftsperiode gewichen sei, man nicht, wie im Jahre 1895, vor der Thatsache stehe, daß erst wieder organisirt werden muß und inzwischen die günstige Zeit unausgenützt vorüber geht.

Olbernhau. Ueber die Krise und die Taktik der Gewerkschaften referirte am 2. November in einer öffentlichen Holzarbeiter-Versammlung Kollege Schöpflin-Chemnitz. Leider war die Versammlung im Gegensatz zu früheren sehr schlecht besucht, es mochten wohl 150 Personen anwesend sein. Sogar viele Verbandsmitglieder glänzten durch Abwesenheit, was ihnen gerade nicht das beste Zeugniß ausstellt. Man hätte annehmen können, daß gerade dieses wichtige Thema eine gewisse Anziehungskraft ausüben konnte, wenn auch die hiesigen Holzarbeiter die Krise am eigenen Leibe noch wenig zu spüren hatten. Der Referent verstand es auch, den Anwesenden vor Augen zu führen, in welch' furchtbarer Weise die Krise in den Hauptindustrieplätzen Deutschlands bereits ausgebrochen ist, und ihnen sehr verständlich die Ursachen der Krise erklärend. Bei den Ausführungen über die Taktik tadelte mit Recht der Referent die Gleichgültigkeit der hiesigen Arbeiter und gab ihnen beachtenswerthe Fingerzeige für die Zukunft, sie eindringlich ermahnend, der Organisation beizutreten und ihren Mann in derselben zu stellen. Hoffentlich sind die mit vielem Beifall aufgenommenen Ausführungen auf fruchtbaren Boden gefallen, auf daß sie nicht so leicht aus dem Gedächtniß der Arbeiter verschwinden. Zu wünschen wäre, daß sich die Verbandsmitglieder mehr um ihre Organisation kümmerten und nicht ihre Pflicht als erfüllt betrachten, indem sie ihren Beitrag bezahlen. Gerade in letzter Zeit hat eine merkbare Flauheit bei den Kollegen Platz gegriffen, was ihnen nicht gerade das Zeugniß als klassenbewußte Arbeiter ausstellt. Nun, Kollegen, sorgt dafür, daß diese Zustände ein Ende nehmen, besucht regelmäßig unsere Zahlabende. Gerade hier muß man konstatiren, daß es Kollegen giebt, welche noch keinen einzigen Zahlabend besucht haben.

Ratibor. Am 19. Oktober fand hier eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt, zu der Kollege Scholich aus Breslau im Auftrage des Gauvorstandes erschienen war. In derselben kamen verschiedene Mißstände zur Sprache. Sodann wies Kollege Scholich verschiedene im Umlauf befindliche Verdächtigungen zurück, indem er dieselben aufklärte, und in allen Punkten glatt widerlegte. Auch tadelte er mit scharfen Worten das unkollegialische Verhalten einiger Kollegen, die wissentlich solche Verdächtigungen verbreiten und dadurch Uneinigkeit und Unfrieden unter die Kollegen bringen, da sie dadurch den Interessen des Verbandes entgegenarbeiten. Hoffen wir, daß die Einigkeit unter den Kollegen nun wiederum hergestellt ist; denn wer jetzt noch nicht einsehen gelernt hat, daß die Arbeiter zuerst unter sich selbst einig seien und sich zu diesem Zweck in Verbänden

zusammenschließen müssen, dem ist wirklich nicht zu helfen. Besonders auch die Kollegen Ratibors haben begründete Ursache, auf ihrer Hut zu sein; denn wenn sie bis jetzt noch nicht von der allerorts herrschenden Krisis betroffen wurden, so wird doch auch die Zeit kommen, wo sich letztere auch in Ratibor fühlbar machen wird; möge diese dann die Kollegen nicht unvorbereitet treffen. Uebrigens wissen einzelne Arbeitgeber resp. deren Beauftragte, die allgemeine Lage auch jetzt schon ganz gut auszunützen, indem sie bei jeder passenden Gelegenheit die bestehenden Verhältnisse zu verschlechtern suchen und bei jeder Kleinigkeit die Kollegen gleich mit Entlassung bedrohen. Aber auch gegen eine andere Seite müssen die Kollegen endlich einmal Front machen und zwar gegen eine verleumderische Presse. So lange die Kollegen ihre Lektüre aus Zeitungen schöpfen, deren Redakteure bei jeder Gelegenheit die Arbeiter beschimpfen und mit Schmutz bewerfen, wozu sie sich verwerflichster Mittel und sogar Lügen bedienen, so lange werden sich die Kollegen auch selber in's eigene Fleisch schneiden. Deshalb ist es Pflicht jedes Einzelnen, daß er nur solche Zeitungen lese, die auch die Interessen der Arbeiter vertreten und die Rechte derselben wahren. Zum Schluß sei noch eine ernste Mahnung an die Kollegen gerichtet betreffs ihres Verkehrslokals. Den Gewerkschaften Ratibors steht doch jetzt ein anständiges und geräumiges Lokal zur Verfügung. Was dies für ein großer Nutzen ist, haben die Kollegen auch während des Streiks beobachten können, wo wir zu jeder Zeit öffentliche Versammlungen in demselben abhalten konnten. Obwohl sich unsere Gegner auch so viel Mühe geben, um uns das Lokal wieder abzutreiben, scheitern doch alle Versuche an der Standhaftigkeit unseres jetzigen Wirthes, Herrn Schulz. Da derselbe aber dafür von allen Seiten und bei jeder Gelegenheit angefeindet und unterdrückt wird, so muß dies ein Ansporn sein für alle Kollegen, daß sie diesen Wirth und damit sich selbst dadurch unterstützen, daß sie ihre Groschen nur in diesem Lokale verzehren. Also Kollegen Ratibors, rüttelt Euch endlich wieder auf aus Eurer Gleichgültigkeit, seid einig und wahrt die Rechte Eures Verbandes und damit auch Eure eigenen.

Aus Skandinavien. In Schweden ist der langwierige Kampf in Arlöf noch nicht zum Abschluß gelangt. Der „Menschenfreund" Rössel sah sich nämlich gezwungen, seinen Posten als Direktor der Fabrik mit gleichem Namen zu verlassen. Durch seine lächerliche Taktik und seine Streikbrecherklique war seine Firma stark in Mißkredit gerathen und im ganzen Lande wurde nur noch in höhnischem Tone von ihr gesprochen. Aber nicht nur das, auch die Bestellungen waren ausgeblieben, da von einem solchen elenden Gesindel, wie das Rössel'sche Streikbrecherkorps es ist, keine zuverlässige und annehmbare Arbeit zu erwarten war. Die schlechte Finanzlage, in welcher die Firma gerathen war, machte den Direktor Rössel bei der Gesellschaft unmöglich, so daß er seine Entlassung einreichte und auch erhielt. Seit dieser Zeit hat der ehrenwerthe Herr sich nun damit beschäftigt, die Verfolgung der Preßorgane, die an seiner elenden Handlungsweise Kritik geübt, einzuleiten. Auch das sozialdemokratische Parteiorgan „Arbetet" in Malmö ist neben einigen bürgerlichen Blättern von ihm „angeklagt" worden. Bei der herrschenden Loyalität der schwedischen Gerichte in Preßfragen und bei der „hochverehrten" Persönlichkeit Rössel's dürfte der Ausgang nicht allzu zweifelhaft sein. Von den streikenden Arbeitern ist noch keiner der Sache untreu geworden, aber ein ganzer Theil ist schon anderweitig in Arbeit getreten, so daß auch für den Fall, daß sich baldigst die Situation zu Gunsten der Arbeiter ändern würde, es der Firma schwer fallen wird, ihre alten eingearbeiteten Leute wieder zu bekommen. Wie verhaßt die Streikbrecher im Volk sind, geht daraus hervor, daß eine von diesen errichtete Filiale des Abstinenzlerbundes vom Bunde nicht anerkannt wurde, weil seine Mitglieder mit den Streikbrechersüffeln Rössel's keine Gemeinschaft haben wollen. Also von allen Seiten wird dem würdigen Herren gegen den Strich gearbeitet, auch dann, wenn er sich dem guten Zweck widmet, seinen Mitmenschen das Trinken abzugewöhnen. Hoffentlich wird man bald im Stande sein, über die Beilegung des langwierigen Streitfalls, der schon des Lächerlichen aber auch des Niederträchtigen gar zu viel gebracht hat, berichten zu können. Gegenwärtig wird in den schwedischen Gewerkschaften die Frage der allgemeinen Arbeitsniederlegung zwecks Erkämpfung des allgemeinen Wahlrechts lebhaft debattirt. Die Regierung soll dem nächsten Reichstage eine diesbezügliche Vorlage einbringen, die auf Grund jetzt stattfindender statistischer Erhebungen ausgearbeitet wird. Da man aber alle Ursache hat, zu zweifeln, daß die Regierung und mit ihr die herrschenden Klassen Schwedens eine wirkliche, den modernen Zeitverhältnissen entsprechende Reform durchzuführen gewillt sind, so rüstet man jetzt in schwedischen Arbeiterkreisen eifrig, den Beschluß der Malmökonferenz vom August d. J. auszuführen, der die Erhebung eines wöchentlichen Extrabeitrages betraf. Die einzelnen Gewerkschaften sind eifrig an der freiwilligen Einsammlung thätig. Beschlüsse örtlicher Organisationen, einen Tagelohn ihrer Mitglieder der „Kriegskasse" zu überweisen, sind sehr häufig und so hofft man, in nicht allzu langer Zeit die finanziellen Mittel zusammen zu haben. Eine in dieser Weise gerüstete Macht, wird auch der kommende Reichstag zu würdigen müssen, ob er aber das Wahlrecht beschließen wird, ist noch sehr ungewiß. Hoffentlich wird es nicht zum Kampfe kommen. Interessant ist es, zu sehen, mit welcher Opferwilligkeit und Kampfesfreude die schwedischen Arbeiter in dieser ohnehin so sehr gedrückten Zeit an das Mobilmachen ihrer Kräfte zum eventuellen Kampf herangehen. An Konflikten sind nach den letzten Mittheilungen folgende zu verzeichnen: Schweden: Rössel-Arlöf (Aussperrung und Attentat auf das Koalitionsrecht); Vernamo (Stuhl- und Möbeltischler-Ausstand), Lohnfrage und Koalitionsrecht; Vettervik, Konflikt in den Faßfabriken; Norwegen: Fredrikstadt, gesperrt für Möbeltischler; Stavanger ebenfalls. Dänemark: Kopenhagen, Konflikt der Wagenmacher; kein Kollege darf dort hingehen! Im Uebrigen dürfte es sich empfehlen, sich an die betreffenden Organisationen zu wenden, bevor Arbeit nach Skandinavien angenommen wird. Man vergesse nicht, daß nach dem Beschluß des 6. skandinavischen Arbeiterkongresses der Streikbrecher als ehrlos gilt und die dortigen Gewerkschaften mit allen gesetzlichen Mitteln ihn wegen seiner Handlung zu strafen wissen. Um nun nicht gegen seinen eigenen Willen schließlich zum Streikbrecher zu werden, dürften reisende Kollegen gut thun, obige Warnung zu beachten.

Gaukonferenz des 5. Gaues.

In der am 27. Oktober in Görlitz abgehaltenen Konferenz waren sämmtliche 14 Zahlstellen durch 21 Delegirte, sowie der Gauvorstand durch 4 Kollegen vertreten.

Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht des Gauvorstandes; 2. Bericht der Delegirten; 3. Anträge zum nächsten Verbandstage resp. Vorberathung derselben; 4. Organisation und Agitation; 5. Besprechung über vorzunehmende Lohnbewegungen; 6. Verschiedenes.

Nachdem die Leitung der Konferenz dem Vorstande übertragen worden war, befürwortete der Gauvorsteher R. Trinks eine Verschiebung der Tagesordnung mit der Begründung, daß eine der wichtigsten Fragen auf dem nächsten Verbandstage unzweifelhaft die Einführung der Arbeitslosenunterstützung sein werde, und um den Mitgliedern Gelegenheit zu geben, den Nutzen oder Schaden derselben kennen zu lernen, habe der Gauvorstand einen Referenten, und zwar den Kollegen Gerlitzke-Leipzig, für diese gewonnen. Als Korreferent habe Kollege Lindner zugesagt. Zu dem Zweck sei es von Vortheil, wenn der dritte Punkt der Tagesordnung als erster behandelt werde. Die Delegirten stimmten dem zu. Hierauf erledigte Kollege Gerlitzke seine Aufgabe in zirka 1½stündigem Vortrage. Redner befürwortet in wärmster Weise die Einführung der Arbeitslosenunterstützung mit der Begründung: Die heutige kapitalistische Produktion erzeuge durch Ausbeutung der Arbeiter Ueberproduktion, welche wieder die sogenannten Krisen zeitige; diese haben wieder eine große Arbeitslosigkeit im Gefolge. Doch auch in Zeiten wirthschaftlichen Aufschwungs sei die Arbeitslosigkeit nicht ganz zu beseitigen, deshalb sei es Pflicht und Aufgabe der Gewerkschaften, die Arbeitszeit zu verkürzen. Leider sei aber die große Masse der Arbeiter noch nicht organisirt, infolgedessen können die Gewerkschaften ihre Aufgabe nicht voll und ganz erledigen. Da der Verdienst des Arbeiters auch in besseren Zeiten nicht angethan ist, sich etwas zurück zu legen, so tritt bald bei eingetretener Arbeitslosigkeit Noth und Entbehrung an selbigen, besonders macht sich dieses bemerkbar bei Familienvätern. Es entstehen Zerwürfnisse in der Familie; nicht selten vergreifen sich selbige an fremdem Eigenthum, und das Gefängniß harrt ihrer. Ja, die Arbeitslosigkeit treibt in nicht seltenen Fällen zum Selbstmord. Weiter sind der Arbeitslosigkeit Entsittlichung, geistige Verkümmerung und stetig zunehmende Proletarierkrankheit zuzuschreiben. Um diesen Uebeln zu steuern, sei es nothwendig, auch bei eingetretener Arbeitslosigkeit den Kollegen etwas zu bieten, denn, wie oft wird ein guter Kollege in solchen Zeiten zum Lohndrücker, da er gezwungen ist, um sich und seine Familie über Wasser zu halten, jede Stellung für jeden Lohn anzunehmen, und oft genug gehen dadurch die theuer erworbenen Vortheile einer Organisation wieder verloren. Redner glaubt, wenn nur ℳ 6—10 Unterstützung gezahlt würde, es würde der Organisation zum Nutzen gereichen, welches er auch an der Hand von Zahlen aus anderen Berufen nachweist.

In dem darauf folgenden Referat des Kollegen Lindner wies selbiger darauf hin, daß durch eine Einführung von Arbeitslosenunterstützung eine erhebliche Mehrbelastung der organisirten Kollegen erfordert werde, welche aber besser für Agitation im Osten oder Westen angewandt sei. Anderenfalls sei auch eine Unterstützung von ℳ 6—10 zu gering. Würden wir die Arbeitslosenunterstützung einführen, so würden wir zu Gunsten des Staates oder der Unternehmer eine Last auf uns nehmen. Außerdem würden die kleinen Städte zu Gunsten der großen Städte ein Opfer bringen, was ersteren viel schwerer fallen würde als letzteren. In den großen Städten haben die Kollegen lange nicht mit so viel Schwierigkeit betreffs der Organisation zu rechnen, wie in den kleinen, denn seien die Kollegen erst durch die kleinen Städte zur Organisation gezwungen, so reisten sie dann nach den großen, und für die kleinen fängt die Arbeit wieder von vorne an. Redner glaubt auch nicht, daß die aufgestellte Arbeitslosenstatistik den Verhältnissen entsprechend sein kann, infolgedessen auch kein genaues Bild für die Kollegen geben kann. Redner schließt mit den Worten, daß er kein prinzipieller und taktischer Gegner der Arbeitslosenunterstützung sei, sondern ein praktischer Gegner.

Nach eingehender Diskussion wurde folgende Resolution angenommen: „Die am 27. Oktober 1901 stattfindende Konferenz des Gaues erklärt aus praktischen und agitatorischen Rücksichten, bedingt durch den bis 100 pZt. und noch mehr betragenden Unterschied des Einkommens der einzelnen im Holzarbeiterverbande vereinigten Mitglieder, daß die Zeit zur Einführung einer Arbeitslosenunterstützung noch nicht gekommen ist. Der nächste Verbandstag wird beauftragt, seine ganze Kraft darauf zu verwenden, daß die oben angeführten Verhältnisse durch vermehrte Agitation in kleinen Zahlstellen sich erst ausgleichend gestalten, denn es entspricht nicht dem Solidaritätsgefühl, von den Mitgliedern bei einem Einkommen von ℳ 30 und darüber, event. ℳ 12 und darunter gleich hohe Beiträge zu erheben."

Im Weiteren wurde beschlossen, dem nächsten Verbandstage folgende Anträge zu unterbreiten:

1. Die Diäten eines Delegirten zum Verbandstage dürfen aus Verbandsmitteln nur bis ℳ 10 betragen, event. höhere Ansprüche müssen aus Lokalmitteln gedeckt werden.
2. Die Reiseunterstützung soll mindestens pro Tag 75 ₰ betragen, kann aber bis ℳ 1 erhöht werden.
3. Die Streikunterstützung aus Verbandsmitteln soll unbeschadet der Differenzen zwischen Verheiratheten und Ledigen in allen Orten gleich hoch bemessen werden.
4. Nach einjähriger Mitgliedschaft ist auch an ledige Kollegen ein Sterbegeld in Höhe von ℳ 25 zu zahlen.
5. Kollegen, welche das 70. Lebensjahr erreicht haben, sind vom Beitrage befreit.

Nach Erledigung dieses Punktes brachte der Gauvorsteher den Gaubericht, welcher für die Zeit vom 1. Januar bis 30. September 1901 aufgestellt und welchem zu entnehmen war, daß der Vorstand in 19 Sitzungen verhandelt hatte, Versammlungen fanden 17 statt, auswärtige Referenten sprachen 2 in 7 Versammlungen, und zwar Kollege Brosig-Breslau und Kollege Kunisch-Düsseldorf. Weiter wurde noch Sorau einmal und Neusalz zweimal besucht, Versammlungen konnten dort nicht stattfinden. Aus Anlaß von Lohndifferenzen resp. Streiks wurde Bunzlau zweimal und Priebus zweimal besucht, davon je einmal im Auftrage des Vorstandes, ebenso Grünberg. Weitere Versammlungen resp. Besprechungen in Orten, wo eine Zahlstelle noch nicht besteht, fanden in Lauban, Schmiedeberg, Riesky und Ostritz je einmal, in Landeshut zweimal statt. Arbeitseinstellung fand im Gau nur eine statt und zwar in Bunzlau, welche nach siebenwöchiger Dauer mit einigem Erfolg für die Kollegen beendet wurde. Die Korrespondenz hätte reger sein können, denn es gingen ein: 44 Karten, 59 Briefe, 3 Depeschen, 4 Drucksachen, zusammen 110. Es gingen aus: 108 Karten, 51 Briefe, 41 Drucksachen, 1 Depesche, zusammen 211 Stück.

Der Kassenbericht, welchen Kollege Göthel brachte, ergab eine Einnahme in der Zeit vom 1. Januar bis 30. September von ℳ 756,32, davon waren am 1. Januar ℳ 31,32 Bestand und ℳ 725 Einnahme aus der Hauptkasse. Ausgabe war für denselben Zeitraum ℳ 542,30; davon entfielen auf Diäten und Fahrgeld an Referenten ℳ 266,40, sonstige Reisen ℳ 131,75, Porto und Schreibmaterial ℳ 18,69, Drucksachen und Inserate ℳ 50,75, persönliche Verwaltungskosten ℳ 60, sonstige Ausgaben ℳ 14,71, zusammen ℳ 542,30, so daß ein Bestand von ℳ 214,02 bleibt.

Der Bericht der Delegirten ergab im Allgemeinen kein erfreuliches Bild, Lauheit der Kollegen, schlechter Versammlungsbesuch und Beschwerden mit Versammlungslokalen, das war das Resume. Er zeigte auch einen Rückgang der Kollegen um 53 im Gau.

Zum Punkt „Organisation und Agitation" schlug der Vorsitzende vor, es einmal mit der Hausagitation zu versuchen und zwar soll ein zweckentsprechendes Flugblatt vertrieben werden, da doch Diejenigen, für welche meist die Versammlungen bestimmt sind, nicht in denselben zu treffen sind. Ein bestimmter Beschluß wurde in dieser Frage nicht herbeigeführt, da von verschiedenen Delegirten die Zweckmäßigkeit in Frage gestellt wurde resp. den Nutzen der Arbeit gegenüber erwogen wurde. Ueber die Besprechung der vorzunehmenden Lohnbewegungen wurde in Anbetracht der andauernden Krise zur Tagesordnung übergegangen. Unter „Verschiedenes" wurde der Antrag Langenöls, zu künftigen Konferenzen von jeder Zahlstelle nicht mehr als einen Delegirten zu entsenden, angenommen. Desgleichen der Antrag Priebus, nur alle zwei Jahre, und zwar vor dem Verbandstage, eine Konferenz abzuhalten. Als nächster Ort wurde wieder Görlitz bestimmt. Ferner wurde beschlossen, das Protokoll drucken zu lassen und es jedem Kollegen zuzustellen, da der Gauvorstand zwei Stenographen zwecks genauen Protokollirens der Vorträge angenommen hatte. Es soll dieses ein Referat für und wider die Arbeitslosenunterstützung in den einzelnen Zahlstellen ersetzen. Nachdem die Diäten für die Delegirten, welche auf ℳ 5 und Entschädigung für Fahrt und Nachtquartier bezw. Entschädigung für Arbeitszeitversäumniß festgesetzt worden waren, schloß der Vorsitzende die Konferenz um ¾10 Uhr Abends.

Differenzen und Lohnbewegung in der Holzindustrie.

Bei der Firma Lehmanns Nachf. in Breslau haben am 18. Oktober 23 Tischler die Arbeit niedergelegt, weil sie sich mit den ihnen zugemutheten Lohnkürzungen nicht einverstanden erklären konnten. In Anbetracht der schlechten Lage des Gewerbes erklärten sich die Arbeiter bereit, in eine fünfprozentige Lohnreduzirung einzuwilligen, das genügte jedoch dem Unternehmer nicht, infolgedessen kam es zum Ausstand.

Am 29. Oktober tagte dann eine Versammlung der Holzarbeiter, die von 1000 Kollegen besucht war. Der Obmann der Lohnkommission, Kollege Peickert, berichtet eingehend über die von der Firma Sternberg (Lehmann Nachfl.) vorgenommenen Abzüge von den Akkordlöhnen, die bis zu 16 pZt. der bisher gezahlten betragen. Das Vorgehen der Firma ist um so verwerflicher, als dasselbe in krasser Weise die Tarifvereinbarungen bricht, die nach dem großen Streik getroffen waren. Als besondere Ursache der auf Herabdrückung der Löhne gerichteten Bestrebungen sieht Redner das Bauunternehmerthum, das sogenannte Baulöwenthum, an, das in unerhörter Weise auf die Preise drückt. In der weiteren Erörterung des Falles Sternberg tadelt der Referent auch scharf das Verhalten des Werkführers Gießmann, der sich nicht korrekt gegenüber den Arbeitern benommen haben soll. Wenn Gießmann in solcher Weise das Interesse der Firma wahrnehmen zu müssen glaube, sei er jedenfalls nicht geeignet, in der Arbeiterbewegung Vertrauensstellungen einzunehmen. Werkführer Gießmann giebt Namens der Firma Sternberg die Erklärung ab, daß es bei den einmal festgesetzten Lohnabzügen bleiben müsse. Wer sich dem nicht fügen könne, solle sich sein Werkzeug holen und die Arbeit verlassen. Im Uebrigen versucht Gießmann, sich gegen die erhobenen Beschuldigungen zu vertheidigen. Er habe nie gegen das berechtigte Interesse der Arbeiter gehandelt. Entlassung von Arbeitern habe er nur vorgenommen, wenn diese Arbeiter schlechte Arbeit geliefert oder statt zu arbeiten in der Kneipe gesessen hätten. Darüber entspinnt sich noch eine längere Debatte: Dann wird einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Die von über 1000 Kollegen besuchte öffentliche Holzarbeiterversammlung erklärt in Sachen des Abwehrstreiks bei der Firma Sternberg (Lehmann Nachfl.):

Die nach dem letzten Streik durch Wort und Unterschrift festgelegten Preise des gegenseitig vereinbarten Lohntarifs gelten der Versammlung auch heute noch als maßgebend. Derartige ungeheure Lohnabzüge vereinigen sich nicht mit dem Wesen einer Tarifgemeinschaft, da diese darauf berechnet ist, den wirthschaftlichen Frieden beider Interessenkreise auf längere Zeit zu sichern.

Die Versammlung giebt ihrer Verwunderung darüber Ausdruck, daß die von der Lohnkommission versuchten Verhandlungen von der Firma nicht angenommen wurden. Die Versammlung giebt der Lohnkommission nunmehr ausdrücklich die Ermächtigung, von Neuem den Versuch zur friedlichen Beilegung der Differenzen zu machen. Auf jeden Fall aber erklärt sich die Versammlung mit den Ausständigen solidarisch."

Wie die „Volkswacht" in Breslau am 30. Oktober meldet, sind die Differenzen aber zur Zufriedenheit beigelegt und die Arbeit bereits Mittags wieder aufgenommen worden. — Die Tischler und Stellmacher der Breslauer Maschinenbauanstalt arbeiten seit dem 28. Oktober mit verkürzter Arbeitszeit von 7 Uhr Morgens bis 4 Uhr Nachmittags. Auch mußten einzelne Tischler schon tageweise aussetzen. So machen sich die Folgen der Krise überall bemerkbar.

Klaviermacher Deutschlands! Wir erhalten vom Schwedischen Holzarbeiterverband die Nachricht, daß die Pianoarbeiter in Stockholm wegen Lohndifferenzen in den Streik treten mußten. Die Fabrikanten wollen die seither geltende Preisliste nicht weiter anerkennen und versuchen jetzt, Arbeiter aus Deutschland als Streikbrecher zu erhalten. Deshalb bitten wir unsere deutschen Kollegen, die Kunde von dem Streik in Stockholm möglichst zu verbreiten und die Pianoarbeiter davor zu warnen, nach Schweden zu reisen, so lange der Streik dauert.

Aus den Berufen der Holzbranche.

„Die Stellmachergesellen Deutschlands und die Herren im Allgemeinen“. Unter dieser vielsagenden Ueberschrift nimmt Herr Meitinger, Red. des „Chaisen- und Wagenbau“ folgende Notiz auf:

„Jetzt ist es etwas besser geworden in der Werkstatt, als seit Jahren her; keiner der Herren Gesellen ließ sich mehr einen bestgemeinten Vortheil in der Arbeit zeigen; er erblickte darin, daß er einfach chikanirt werde, und wenn auch nicht direkt er, so wurde er von seinen Kollegen, die ja Alle organisirt sind, aufgestachelt und gehetzt, er mußte dem Meister den Hund vor die Thüre werfen. Gearbeitet wurde überhaupt nicht mehr, Jeder glaubte, wenn er nur da steht, muß der Meister schon zufrieden sein. Wagner giebt es überhaupt im jungen Nachwuchs keine mehr, und die älteren, die da sind, lesen dem Meister gleich beim Einstellen ihre Kriegsartikel vor: 1. wie der Meister sich zu verhalten habe; 2. was der neue Ankömmling und wie lange er arbeiten wolle und 3. was der Meister Lohn zu bezahlen habe. Das Wagnerholz ist auch härter als das Schreinerholz, deswegen werden die Jungens Schreiner und Schlosser, Wagner nur mehr höchst selten. Von einem Rückgange im Geschäft kann ich nichts spüren; die Motoren thun uns keinen Abbruch im Geschäft. Sie werden bald abgelöst, ruhig in der Ecke stehen und die Pferde werden wieder ihren Dienst versehen.

A. Brösamle.“

Derselbe Mann, der unter den Stellmachergesellen auf Abonnentenfang ausgeht, räumt einer solch' gewöhnlichen Faselei die Spalten seines Blattes ein. Meitinger und Brösamle sind einander werth und haben daher kein klares Urtheil für die fortschreitende Zeit und Entwickelung.

Arbeitsgelegenheit und Arbeitslosigkeit in der Holzindustrie. Der „Arbeitsmarkt“ hat Mitte Oktober in der Metall- und Holzindustrie zwei Umfragen veranstaltet, um zu erfahren, in welchem Maße die Krise in diesen Berufen bereits vorgeschritten ist. Die Umfrage hatte folgendes Resultat:

Während im Metall- und Maschinengewerbe die Verkürzung der Arbeitszeit, Lohnkürzungen, Entlassungen und Arbeitslosigkeit einen erschreckenden Umfang angenommen haben, steht im Allgemeinen das Holzgewerbe noch im ersten Stadium des Niederganges. Nur in Sachsen, wo an manchen Orten ein inniger Zusammenhang zwischen dem Geschäftsgang in der Maschinenindustrie und in dem des Holzgewerbes besteht, sind auch die Beschäftigungsverhältnisse der Holzarbeiter äußerst gedrückt. Ganz besonders tritt dies in Chemnitz zu Tage. Dort hat die Krise den Maschinenbau fast zum völligen Stillstand gebracht. Die Folge dieser Geschäftslage ist, daß der größere Theil der za. 20100 Metallarbeiter verkürzt arbeitet. Dabei ist die Arbeitszeit äußerst unregelmäßig. Im Allgemeinen wird 8, 7, 6, ja sogar 4½ Stunden am Tage gearbeitet. Mancher Betrieb geht in der Woche auch nur 5, 4 oder 3 Tage. Akkordarbeiter haben oft ganze Wochen nichts zu thun. Urlaub auf unbestimmte Zeit wird häufig gewährt, ohne daß die Arbeiter ihn verlangen. Die Krise in der Chemnitzer Metallindustrie hat nun auf die Arbeiter im Holzgewerbe geradezu katastrophenartig gewirkt. Bei normaler Geschäftslage sind sonst in etwa 150 Betrieben zirka 2000 Tischler thätig. Derzeit sind aber kaum 20 pZt. der Gesammtzahl beschäftigt. Entlassungen finden dabei noch täglich statt. In vielen, wohl der Mehrzahl aller Betriebe sind 20 bis 40 pZt. der Arbeiter entlassen worden. In den großen Maschinenfabriken arbeiten die Tischler nur einige Tage in der Woche und auch an diesen Tagen nicht die sonst übliche Arbeitszeit. In vielen Bautischlereien steht die Hälfte der Hobelbänke leer. Die Folge dieses Zustandes ist ein scharfes Zurückgehen der Löhne. Für den kommenden Winter wird noch eine Verschlimmerung befürchtet, da nirgends Symptome einer Belebung sich zeigen. Chemnitz mit seinem so scharf ausgeprägten industriellen Charakter weist augenblicklich eine Zerrüttung des Arbeitsmarktes auf, wie sie wohl keine andere Stadt Sachsens bietet. In Leipzig sind die Verhältnisse weit weniger ungünstig. Schlecht steht es auch hier in den Maschinenfabriken und Eisengießereien aus, besonders soweit die Holzbearbeitungs- und Werkzeugbranche in Betracht kommt. Besser beschäftigt sind die Betriebe, die landwirthschaftliche Maschinen herstellen. Es arbeiten darin za. 200 Personen mehr als im Vorjahr. Mäßig ist der Geschäftsgang bei den Mechanikern, den Metalldrehern, Gelbgießern und Gürtlern sowie in Betrieben, wo mechanische Musikwerke hergestellt werden. Klempner und Bauschlosser sind noch gut beschäftigt: eine Verkürzung der Arbeitszeit ist vielfach, sogar bis herab zu fünf Stunden täglich, üblich. Die Zahl der Arbeitslosen wird allein bei den Metallarbeitern auf zirka 1000 Mann geschätzt. Bemerkenswerth für die augenblickliche Lage des Arbeitsmarktes in Leipzig ist, daß die Reservisten verhältnißmäßig gut untergekommen sind, während von den frei gewordenen Stellen der neu eingezogenen Rekruten viele unbesetzt blieben.

Ein Eldorado für Bürstenmacher ist die mitteldeutsche [illegible] von Otto Schonert, Moritzgasse, in Erfurt. Die Preise, die genannter Herr bezahlt, sind geradezu Spottpreise. So giebt es für 20 Büschel trocken Fiber und nasses Piassava, das Büschel zu vier Hand voll gerechnet (ungefähr 40 Pfund) zu mischen sage und schreibe zwei deutsche Reichsmark, für [illegible], dicht einziehen, 65 Pfennige pro Tausend Loch. [illegible] zu pechen wird im Tagelohn bezahlt, und giebt es bei durchschnittlich 12½stündiger Arbeitszeit M. 2,20. Ausdrücke, wie: die Gesellen werden froh sein, wenn sie für 1000 Loch einzuziehen 35 ₰ erhalten, setzen seinen Ausbeutungsgelüsten die Krone auf.

Ein Kommentar zu diesen mitgetheilten Thatsachen erübrigt sich. Die organisirten Bürstenmacher werden auf die Annoncen in der „Bürstenmacherzeitung“ hin sich wohl dutzendweise bei Herrn Schonert um die Stelle bewerben.

Aktiengesellschaft für Bürstenindustrie, vormals C. H. Roegner, Striegau, und D. J. Dukas, Freiburg i. B., in Striegau. In der Sitzung des Aufsichtsrathes, in welcher der Jahresabschluß vorgelegt wurde, ist beschlossen worden, von dem Reingewinn in Höhe von ℳ 220 934 etwa ℳ 100 000 für Abschreibungen, Reservestellung und zum Vortrag auf neue Rechnung zu benutzen und 8 pZt. (gegen 9 pZt. im Vorjahre) als Dividende der Generalversammlung in Vorschlag zu bringen.

Die Aktionäre der obigen Gesellschaft werden sich glücklicher schätzen als die der Verlagsanstalt in Stuttgart, die „leider“ leer ausgegangen sind.

Eine Bevorrechtung aufgehoben. Die Zeitschrift für Bürsten-, Pinsel- und Kammfabrikation schreibt:

„Auf Grund einer Ermächtigung des Bundesrathes war von der Kreisregierung von Mittelfranken seinerzeit die Anordnung getroffen worden, daß die Nürnberger Pinselindustrie von der Verpflichtung der Desinfektion der sogenannten halbsteifen und steifen Borsten zu befreien sei, da das Desinfektionsverfahren auf diese Borsten eine schädigende Wirkung ausübe. Die neuerdings vom Reichsgesundheitsamte angestellten Versuche haben jedoch zu dem Ergebnisse geführt, daß der genannte Dispens vom 1. November ab aufgehoben wird.“

Ist die Gesundheit der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Nürnberger Pinselindustrie weniger werth, als die in anderen Betrieben? Wir meinen nein, und deshalb verstehen wir nicht recht, weshalb der reichen Aktiengesellschaft, die immer zwischen 7 und 9 pZt. Dividende vertheilt hat, ein Vorrecht eingeräumt wird.

Der Kongreß der Bürsten- und Pinselindustriellen Deutschlands tagte am 28. Oktober in Nürnberg. Er sprach u. A. sich einstimmig dafür aus, daß die seinerzeit beschlossenen Preiserhöhungen für Bürsten- und Pinselwaaren auch für die Folge beizubehalten eine Nothwendigkeit sei. Von der weiteren Thätigkeit der Fabrikanten ist nichts bekannt geworden.

Submissionsergebnisse. Die Anfertigung einer Holzdecke zum Rathhaus in St. Johann soll im Submissionswege vergeben werden. Es sind folgende Offerten eingegangen: Bembe-Mainz M. 39800, Epple & Eger-Stuttgart 34500, Eiser-Nürnberg 32300, Schneider, Hch.-St. Johann 30821,50, Schneider-Leipzig 33337,20, Till-Mannheim 30000, Felbel & Schaffe-St. Johann 39820, Reiß, Aug.-St. Johann 36720, Schöttle-Stuttgart 42000, Peter-Mannheim 39500, Mülter-Saarbrücken 35000 und Braun-Stuttgart 29688. Das dem Durchschnitt (M. 35290,50) am nächsten kommende Angebot ist das des Unternehmers Mülter in Saarbrücken mit M. 35000 oder das des Herrn Reiß in St. Johann mit M. 36720. Will die Baukommission auf die steuerzahlenden Bürger und Arbeiter des Ortes Rücksicht nehmen, die doch vor allen Anderen den Vorzug haben sollten, dann müßte Herr Reiß den Zuschlag bekommen; unter das Angebot des Herrn Mülter dürfte bei der Zuschlagsertheilung aber nicht herunter gegangen werden. Das ist auch die Meinung des Tischlergesellen, der uns im Auftrage seiner Kollegen am Orte das obige Ergebniß zustellte.

Der Schweizerische Holzarbeiterverband veröffentlicht seine Abrechnung für den Zeitraum vom 15. Februar bis 20. August. Er hat eine Einnahme von Frcs. 4341,62. Unter den Ausgaben befinden sich für Unterstützungszwecke annähernd Frcs. 1000, für Agitation Frcs. 124,36, für Drucksachen Frcs. 1041. An den Gewerkschaftsbund sind Frcs. 1210 gezahlt worden. Das Vermögen betrug am 20. August M. 1495,39.

Gewerkschaftliches.

Gegen die Hamburger Werftbesitzer wollen 11 Nieter, die von ihnen gemaßregelt wurden, einen Prozeß auf Schadenersatz beim Zivil-Landgericht anstrengen. Gestützt auf ein Reichsgerichtserkenntniß in einem umgekehrt liegenden Falle wie hier (wo nämlich ein Gießereibesitzer Kuhn in Stuttgart gegen 20 Former, die sich geweigert hatten, Streikarbeiten zu machen, eine Schadenersatzklage auf ℳ 2000 anstrengte und in allen Instanzen mit seiner Forderung durchdrang), soll gleichfalls, wenn nöthig, vom Reichsgericht prinzipiell festgestellt werden, ob in solchen Fällen, wie denen der 11 Nieter, die Arbeitgeber schadenersatzpflichtig sind, wenn die von ihnen unberechtigt Ausgesperrten keine Arbeit anderweitig erhalten konnten. Als bedeutungsvoll wird im Klageantrag hervorgehoben die Forderung der solidarischen Haftung für die Gesammtschuld. Begründet wird dieser Antrag wie folgt:

„Die Beklagten seien Mitglieder des Verbandes der Eisenindustriellen. Als solche hätten sie mit den übrigen Mitgliedern dieses Verbandes den Plan gefaßt, durch ein gemeinschaftliches Vorgehen den Willen der Nieter auf der Reiherstiegwerft (die eine Lohnerhöhung von 2 ₰ pro Stunde gefordert hatten), zu brechen. Zu diesem Zwecke hätten sie die am 11. Juli 1900 den Arbeiterausschüssen auch ausdrücklich angedrohte Aussperrung am 14. und 21. Juli vorgenommen. Im bewußten und gewollten Zusammenwirken hätten sie die Kläger an ihrem Vermögen geschädigt und seien für den Schaden deshalb solidarisch haftbar.“

Unserer Meinung nach wird die Sache vor dem am 3 Januar n. J. festgesetzten ersten Termin unnöthig aufgebauscht. Sollte das Urtheil wirklich zu Gunsten der Nieter ausfallen, so ist es noch sehr fraglich, ob die Gewerkschaftsbewegung davon einen Vortheil hat. Nach dem schon vorhandenen Erkenntniß und nach § 123 der Gewerbeordnung können heute schon die Unternehmer von den Arbeitern einzeln jederzeit im gegebenen Falle Schadenersatz fordern; wenn sie es nicht thun, so wohl deshalb, weil sie schließlich doch nichts bekommen, denn wo nichts ist, kann nichts geholt werden. Würden aber, wie die Klageschrift voraussetzt, die Unternehmer solidarisch zum Zahlen des Schadenersatzes verurtheilt werden, dann dürften sie wahrscheinlich auch auf ein Mittel sinnen, wie sie im entgegengesetzten Falle nicht mehr die Arbeiter einzeln zur Zahlung eines Schadenersatzes heranziehen. Ueber die Konsequenzen wollen wir uns heute noch nicht weiter auslassen.

Ein verfehltes Beginnen. Zu Gunsten der Beilegung des Krieges zwischen Buren und Engländern hat ein holländisches Comité den Boykott englischer Schiffe empfohlen, um dadurch einen Druck der englischen Kaufleute auf die Regierung Englands auszuüben. Es sollen die Hafenarbeiter aller Hafenstädte Hollands, Frankreichs und Deutschlands sich weigern, englische Frachtschiffe zu beladen und zu entladen. So sympathisch ein solches Vorgehen auch begrüßt werden mag, so wenig Erfolg versprechend ist dasselbe, und zwar deshalb, weil es undurchführbar ist. Dies wurde auch von einem Sachverständigen, dem Redakteur des „Seemann“, Paul Müller, im „Vorwärts“ dargelegt. Im Uebrigen, meinen wir, kann die Gewerkschaftsbewegung, die doch wohl in erster Linie in Betracht kommen dürfte, nicht als Sturmbock für nationale und internationale politische Interessen dienen.

Die siebente ordentliche Generalversammlung des Hafenarbeiterverbandes findet am 26. Januar und folgende Tage in Hamburg im „Holsteinischen Hause“ statt.

Eine Urabstimmung über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung resp. Erhöhung der Beiträge hat der Sattlerverband unter seinen Mitgliedern vorgenommen. Von insgesammt 4497 Mitgliedern waren 3328 stimmberechtigt, davon haben 1980 abgestimmt. Für eine Erhöhung der Beiträge stimmten 1907 Mitglieder, also 237 über die nothwendige Zweidrittelmehrheit; für Einführung der Arbeitslosenunterstützung stimmten 1110, dagegen 754 Mitglieder, so daß an der nothwendigen Zweidrittelmehrheit also 132 Stimmen fehlen und die Einführung dieses Unterstützungszweiges abgelehnt ist. Weiter ist das Ergebniß der Abstimmung, daß die Erhöhung der Beiträge, um 5 ₰, am 1. Januar 1902 in Kraft tritt und der § 15 des Verbandsstatuts von diesem Zeitpunkt an lautet: Zur Bestreitung der Ortsausgaben dürfen ein Viertel der Einnahmen am Ort behalten werden.

Unternehmerterrorismus. Der Textilfabrikant R. Waldhausen in Aachen fordert von den bei ihm streikenden Arbeitern als Bedingung für ihre Wiederaufnahme eine Erklärung des Inhalts, daß sie mit einer unwahren Behauptung in den Streik eingetreten seien. Die Arbeiter lehnten das ab und wollen höchstens die Erklärng abgeben, daß ein Mißverständniß vorgelegen habe. Der Fabrikantenverband hat darauf die von den Streikenden abzugebende Erklärung etwas modifizirt und verlangte bis Freitag die Unterschrift. Wenn dies bis dahin nicht erfolgt sei, solle die ganze Arbeit der Waldthausen'schen Fabrik auf eine Reihe anderer Fabriken der Stadt vertheilt werden. Die Arbeiter wollen eine solche Maßregel mit dem Generalstreik beantworten. Der Herrendünkel der Unternehmer nimmt bei der niedergehenden Konjunktur immer krassere Formen an. Das wird ganz entschieden nicht zu ihrem Vortheil ausschlagen; denn die Erbitterung, die man dadurch schafft, wird lange bis über die Zeiten der Krise hinaus vorhalten.

Wie die schweizerischen Holzarbeiter über die Neutralität der Gewerkschaften denken. In der „Arbeiterstimme“, dem schweizerischen Gewerkschaftsorgan, schreibt ein im Holzarbeiterverband organisirter und hervorragend thätiger Kollege:

Wie aus Nr. 83 der „Arbeiterstimme“ sowie aus dem Organ der Katholiken „Der Arbeiter“ zu entnehmen ist, hat sich ein Zentralverband der katholischen Holzarbeiter mit Sitz in St. Gallen gebildet, was meiner Ansicht nach nur zu begrüßen ist. Ich finde es jedenfalls für besser, die katholischen Arbeiter, speziell die Holzarbeiter, organisiren sich endlich auch gewerkschaftlich zu erleichtern uns, nämlich den „sogenannten Rothen“, in puncto Organisation die Arbeit. Hier in Basel giebt es eine große Zahl katholischer Holzarbeiter (und auch in anderen Städten), welche nicht in unsere bestehende Gewerkschaft treten wollen, trotz fortwährender Aufforderung. Wahrscheinlich vor lauter „Neutralität“. Ihr Herren Kapläne, hetzt nun die faulen Gesellen ordentlich auf, droht denselben, wenn's nicht anders geht, mit Höllenstrafen und Fegfeuer, wenn sie sich nicht einer Gewerkschaft anschließen wollen, dann macht Ihr auch Eurem Namen Ehre.

Wie oben gesagt, dürfen die „rothen Gewerschafter“ zufrieden sein mit dem neuen Zentralverband, einer mehr oder weniger, das macht nichts. Es giebt ja deren schon mehrere in der Holzarbeiterbranche. Hoffentlich erregen die katholischen Herren die Eifersucht ihrer protestantischen Kollegen, so daß man in nächster Zeit erfährt, es habe sich irgendwo in der Schweiz ein protestantischer Holzarbeiterverband gegründet. So würde endlich Leben in die faule Masse der Arbeiter kommen. Für die verschiedenen Zentralvorstände wird es alsdann ein leichtes sein, sich in gewerkschaftlichen Fragen zu verständigen und so einander näher zu bringen.

Euch, ihr rothen Gesellen, rufe ich zu, nehmt ein Beispiel an den katholischen Führern und agitirt ebenfalls drauflos, was das Zeug hält, damit wir dereinst bei dem Kampfe nicht als der kleinste Haufen übersehen werden, agitirt hauptsächlich für das Gewerkschaftsorgan die „Arbeiterstimme“. Wir haben das Organ so nothwendig, wie ein guter Katholik den Rosenkranz.

Nun etwas zur Neutralität der Gewerkschaften. Die Basler Holzarbeitergewerkschaft ist aus der Rolle gefallen, welche, offen gestanden, ihr garnicht gefallen hat. In letzter Generalversammlung wurde beschlossen, als „Peterspfennig“ Frcs. 100 an die — bitte nicht zu erschrecken — sozialdemokratische Partei zu spenden. Allen rothen Gewerkschaften zur Nachahmung bestens empfohlen!

Wie lange die „Christlichen“ Neutralität bewahren wollen und können, wird ja bald die Erfahrung lehren. Sollten sie in gewerkschaftlichen Fragen sich nicht zurechtfinden, so wollen wir ihnen gerne einige Dutzend rother Kollegen abtreten. Das Tempo wird dann schon etwas lebhafter werden.“

Ueber die Stärke der Gewerkschaften in den Vereinigten Staaten haben Charles E. Edgerton und E. Dana Durrand im Auftrage der Industrialkommission Erhebungen angestellt und darnach festgestellt, daß die Zahl der gewerkschaftlich organisirten Arbeiter in diesem Lande auf etwa 1¼ Millionen

zu veranschlagen sind. Nach den Mittheilungen der „New-Yorker Volkszeitung“ hatten zufolge dieser Erhebung Mitglieder:

Unions der American Federation of Labor	950000
Kundenschneider	3800
Lithographen	2100
Bricklayers	39000
Plasterers	7000
Stonecutters	10000
Box Makers	5500
Pianomacher	7700
Engineers, Marine	6000
Engineers, Lokomotivführer	37000
„ Lokomotivheizer	39000
Kondukteure	25600
Trainmen	46000
Switchmen	15000
Briefträger	15000
Knights of Labor und Andere	191100
Total	1400000

Die Mitgliedschaft der American Federation of Labor betrug nach dem Bericht 200 000 in den Jahren 1890—91, 250 000 im Jahre 1893, fiel 1894 auf 175 000, stieg 1898 wieder auf 250 000, auf 325 000 im Jahre 1899 und auf über 500 000 im Jahre 1900.

Im Staate Newyork fand seit 1894 folgende Zunahme statt:

	Unions	Mitgliedschaft
1894	860	157197
1895	927	180231
1896	962	170296
1897	976	151206
1898	1079	172340
1899	1210	188455
1900	1603	247602
1901	1805	255630

Gerade aus der letzteren Berechnung geht hervor, daß die Zahl der organisirten Arbeiter regelmäßig steigt. Immerhin ist sie noch gering, verglichen mit dem großen Arbeiterheer dieses Territoriums.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Ein für die Gewerkschaften interessanter, für das Koalitionsrecht bezeichnender Prozeß kam am 3. Oktober vor der Strafkammer zu Sagan zur Verhandlung. Es waren angeklagt: drei Bevollmächtigte des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hülfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands (Zahlstelle Freiwaldau) und die Vorstandsmitglieder desselben Verbandes, Brey, Sack und Bruns. Erstere „erschienen hinreichend verdächtig“: a) die Aenderungen in dem Verzeichniß der Mitglieder innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Zeit der Ortsbehörde in Freiwaldau nicht zur Kenntniß eingereicht zu haben, b) Frauenspersonen als Mitglieder aufgenommen zu haben. Die Angeklagten Brey, Sack und Bruns wurden beschuldigt, als Vorstandsmitglieder des genannten Verbandes weder das Bestehen der Zahlstelle Freiwaldau, noch das Verzeichniß der Mitglieder derselben innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Zeit nach der Errichtung der Zahlstelle und nach dem Eintritt der Aenderungen der Polizeibehörde in Hannover angezeigt bezw. eingereicht zu haben; Uebertretung bezw. Vergehen gegen die §§ 2, 8a, 13 und 16 der Verordnung vom 11. März 1850. Die umfangreiche Beweisaufnahme ergab, daß die angeklagten Bevollmächtigten sowohl die Gründung der Zahlstelle, als auch die ersten Mitglieder (133) zur Kenntniß der Ortspolizeibehörde gebracht hatten, es aber dann aus Unkenntniß unterließen, die eintretenden und austretenden Verbandsmitglieder innerhalb drei Tage der Ortspolizei zur Kenntniß zu bringen. Auf ihre Aufforderung sind der Letzteren die Aenderungen sofort mitgetheilt worden. Es wurde alsdann Beweis darüber erhoben, ob die Zahlstelle Freiwaldau als Verein anzusehen sei, welcher die „Erörterung politischer Gegenstände“ in seinen Versammlungen bezwecke. Belastend waren die Versammlungsprotokolle, die von dem Amtsvorsteher nach stenographischen Notizen abgefaßt waren. Darnach hat der Redner in seinen Referaten die Schulfrage, die Chinawirren, den Boerenkrieg gestreift, der Zollagitation vorübergehend Erwähnung gethan, auch von den Bedrückungen des Sozialistengesetzes gesprochen. Wie die drei ersten Angeklagten behaupteten, hatte der Referent diese Dinge aber alle angeführt, um daran die mißliche Lage der Arbeiter, ihre Belastung und Arbeitslosigkeit zu zeigen und zu erklären und daraus die Nothwendigkeit der Organisation zu folgern. Der Angeklagte Brey — die übrigen zwei Vorstandsmitglieder waren wegen der riesigen Entfernung vom persönlichen Erscheinen entbunden worden — bestritt überhaupt, daß die preußische Verordnung auf wirthschaftliche oder gewerkschaftliche Verbände anwendbar sei. Als die Verordnung erlassen, bestanden nur politische Vereine. Den Arbeitern, Gesellen, Fabrikanten und Meistern war es verboten, sich zu vereinigen. Erst seit Ende der sechsziger Jahre existirt das Koalitionsrecht. Dieses habe die Errichtung gewerkschaftlicher Verbände erst ermöglicht; auf sie könne unmöglich eine Verordnung Anwendung finden, die 20 Jahre vor ihrem Bestehen bereits geschaffen worden. Nur auf solche Vereine könne sie angewandt werden, wie sie vor, während und nach dem Kampf um eine preußische Verfassung gegründet worden sind, zu dem Zweck, den Staat, seine Verwaltung und Verfassung zu beeinflussen. Ganz zu Unrecht nehme die Anklage an, daß es sich hier um einen Verein handele, der die Erörterung politischer Gegenstände bezwecke. Der Zweck des Verbandes ergebe sich aus den Bestimmungen seines Statuts. Da heiße es im § 2: Der Verband bezweckt die allseitge Vertretung seiner Mitglieder mit Ausschluß aller politischen und religiösen Fragen auf Grund des § 152 der Gewerbeordnung. Dieser Bestimmung Achtung und Beachtung zu verschaffen, sei er als Leiter des Verbandes stets bestrebt gewesen. Uebergehend zur Einreichung der Listen und der Aenderungen im Mitgliederbestand, bemerkt der Angeklagte, daß, obwohl er grundsätzlich die Pflicht zur Einreichung der Mitgliederliste bestreite, er doch, um Ruhe vor der Polizei zu bekommen, im Jahre 1900 alle Verbandsorte zur Einreichung von Listen aufgefordert habe. Die ihm zugesandten Listen habe er geordnet und in je 4 und 2½ Kilo schweren Packeten im Polizeipräsidium überreicht. Trotzdem habe das Präsidium ein gegen seinen Verband vom Oberverwaltungsgericht gefälltes Urtheil drucken lassen und nicht nur an die Polizeiverwaltungen derjenigen Orte in Preußen gesandt, an welchen Verbandsmitglieder sind, sondern auch nach Verbandsorten in Mecklenburg, Sachsen-Altenburg, Bayern usw., offenbar zu dem Zwecke, auch die örtlichen Polizeiverwaltungen zum Einfordern der Listen zu veranlassen. Der Staatsanwalt beantragt für die Angeklagten Brey, Bruns und Sack Freisprechung, für den ersten Bevollmächtigten eine Geldstrafe von ℳ 50 und 1 Monat Gefängniß, für die übrigen eine Geldstrafe von ℳ 20 eventuell 7 Tage Gefängniß und Schließung der Zahlstelle Freiwaldau. Der Vertheidiger Rechtsanwalt Wolfgang Heine aus Berlin führte in längerer Rede die Gesichtspunkte aus, die den Angeklagten zu Gute kommen müßten. Eine Auffassung sei nur möglich: ein Zentralverband sei entweder ein großer Verein oder eine Menge einzelner Vereine. Wenn, wie die Rechtsprechung annähme, die einzelnen Zahlstellen selbstständige Vereine seien, so müßten beim Zutreffen der gesetzlichen Merkmale des Vereinsgesetzes die Mitglieder an den Orten der Zahlstellen angemeldet werden, und zwar von den Vorstehern der Zahlstellen selbst, dagegen habe der Verbandsvorstand an seinem Sitze nur seine Mitglieder und die, die keiner Zahlstelle angehörten, anzumelden. Der Vertheidiger erörterte dann den Unterschied von Vereinen, die nach § 2 des preußischen Vereinsgesetzes zu behandeln seien, weil sie eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezweckten, und zu denen die Praxis die meisten Gewerkschaften rechne, und den unter § 8 des Vereinsgesetzes fallenden Vereinen, die „bezweckten, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern.“ Der Vertheidiger betonte besonders, daß das Streben nach Koalition der Arbeiter kein politischer Gegenstand sei. Deshalb dürfe der Verein Frauen aufnehmen, und es könne weder von einer Schließung noch von einer hohen Bestrafung die Rede sein. Das Gericht stellte sich in seinem Urtheil im Allgemeinen auf denselben Standpunkt. Es nahm nicht an, daß politische Reden der Zweck des Verbandes oder nur der Zahlstelle in Freiwaldau gewesen wäre. Es sprach deshalb alle Angeklagten von der Anklage, durch die Aufnahme von Frauen gegen § 8 des Vereinsgesetzes verstoßen zu haben, frei. Es hielt auch den Zentralvorstand in Hannover nicht für verpflichtet, die Freiwaldauer Mitglieder dort anzumelden, sondern erkannte diese Meldepflicht nur in Freiwaldau an. Da der Verstoß gegen das Vereinsgesetz geringfügig sei und mehr auf Unerfahrenheit beruht habe, verurtheilte es die drei Bevollmächtigten zur geringsten gesetzlichen Strafe von je ℳ 15. Ob der Verbandsvorstand nun Ruhe hat vor der Aufforderung zur Einreichung von Mitgliederlisten?

Auch vor dem Berufungsgericht freigesprochen. In Nr. 40 berichteten wir, daß der Bevollmächtigte der Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes in Erdmannsdorf, Kollege Bruno B., wegen Beleidigung des Amtsvorstehers in Lomnitz angeklagt war, weil er in Bezug auf diesen das Wort Chikane gebraucht hatte. Gegen das erfolgte freisprechende Urtheil hatte die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt. Die Strafkammer in Hirschberg verwarf aber die Berufung.

Technisches.

Helles Horn schildpattähnlich zu färben. Um hellem Horn eine schildpattähnliche Färbung zu geben, bereitet man ein Gemisch zu gleichen Theilen von gebranntem Kalk, Pottasche, Eisenoxyd und gepulvertem Graphit, reibt alles gut untereinander und giebt dann so viel Wasser zu, bis ein dünner Brei entsteht. Das fertig geschliffene Horn taucht man nun kurze Zeit in warme, verdünnte Salpetersäure und legt es in kaltes Wasser, trocknet es hierauf gut ab, bestreicht nach einiger Zeit die braun zu färbenden Stellen mit diesem Brei durch einen kleinen Wattebausch und läßt den Brei zwei Stunden oder länger, je nachdem die Färbung heller oder dunkler werden soll, darauf liegen. Nach dieser Zeit hebt man die aufgetragene Farbe mit einem Holzstäbchen ab, denn sie färbt die Hände schwarz, wäscht das Horn und läßt es 8—10 Stunden liegen. Zuletzt polirt man mit Schmierseife und Wiener Kalk. Das natürliche Aussehen wird nach einiger Uebung erreicht.

Perlmutter-Imitation. Wenn Nitrozellulose, in Alkohol und Aether oder in Kalk- oder Natronwasserglas gelöst, über eine Fläche aus Holz, Papier, Glas, Porzellan oder Metall versprengt oder verstäubt wird und man das Lösungsmittel verdampfen läßt, so bleibt auf der behandelten Fläche ein Ueberzug von perlmutterartigem Aussehen zurück. Es wird empfohlen, auf einen Theil Nitrozellulose 78 Theile 90- bis 100 prozentigen Alkohols und 21 Theile Aether zu nehmen, — oder eine Lösung von 10 Theilen Wasserglas in 90 Theilen Wasser. Zweckmäßig nimmt man im ersteren Falle Aethyl- oder Methylalkohol und Schwefel- oder Essigäther. Die Nitrozellulose kann in rohem Zustande oder in verschiedenen Nietrierungsgraden verwendet werden, wodurch verschiedene Effekte erzielt werden können. Ebenso kann man durch Hinzufügung von 25 Theilen Schwefelkohlenstoff zu 100 Theilen der angegebenen Lösung oder durch Hinzufügung von Benzin den Glanz und die Farbenfolge der irisirenden Schicht willkürlich beeinflussen.

Ein neuer Zweig der Holzindustrie ist in dem schwarzburg-rudolstädtischen Dorfe Böhlen erfunden und eingeführt worden. Der dortige Fabrikbesitzer Max Harraß hat das sogenannte Koptoxyl (Preßholz) erfunden, über das in einem Artikel der „Tägl. Rdsch.“ Folgendes mitgetheilt wird: Das (patentirte) Verfahren ist außerordentlich einfach. Die Baumstämme werden in meterlange Klötze zerschnitten und diese Klötze dann Stunden lang der Einwirkung hohen Dampfdrucks ausgesetzt, wodurch sie ganz weich und geschmeidig werden. Dann werden sie, sich drehend, gegen einen riesigen Hobel geführt, der bei der kreisenden Bewegung des Klotzes ein Holzblatt der gewünschten Dicke (1 bis 5 mm) von dem Stammstück abschält. Die so gewonnenen Holzplatten werden wieder getrocknet. Aus solchen dünnen Platten stellt Harraß dadurch dickere her, daß er die Platten in einzelnen Lagen (3- bis 5fach) aufeinander legt, aber so, daß die Wuchsrichtung der einen Platte stets kreuzweise zu der der anderen zu liegen kommt. Diese so geschichteten Holzlagen werden mit einem wasserfesten Leim aneinander geleimt und nach dem Trocknen in gewaltigen Maschinen zwischen heißen Eisenplatten einem Druck bis zu 500 Atmosphären ausgesetzt — dieses Pressen dauert nur zwei Minuten. Dadurch wird die sonst 3 bis 25 mm dicke geschichtete Platte auf ein Drittel ihres Durchmessers zusammengedrückt, und dann ist das Koptoxyl fertig. Der ungeheure Druck, den eine solche Koptoxylplatte auszuhalten gehabt hat, hat ihr Gefüge verdichtet, muß also ihre Härte und Festigkeit erhöhen, so daß Koptoxyl in der That gegen Druck und Stoß bedeutend widerstandsfähiger ist, als eine Holzplatte gleicher Dicke im natürlichen Zustand. Man kann also von Koptoxyl weit dünnere Platten nehmen (3—4 mm starke), wo seither Holzstärken von 25 bis 30 mm gewählt werden mußten. Es leuchtet ein, daß dadurch eine bedeutende Gewichtsverminderung erzielt wird, was namentlich für Deckentäfelungen nicht zu unterschätzen ist. Das Koptoxyl ist außerordentlich zäh und bruchfest. Der starke Teperaturwechsel, dem jede Platte schon bei ihrer Herstellung ausgesetzt gewesen ist, hat sie auch gegen Temperatureinflüsse völlig unempfindlich gemacht. Koptoxyl kann darum neben dem heißen Ofen ebenso gut verwendet werden, wie an der kalten Wand. Auch für die Herstellung von Thüren, für die Möbel- und Parkettfabrikation hat sich das Koptoxil bereits trefflich bewährt.

Literarisches.

Die Geschichte und Literatur der deutschen Sozialdemokratie. Von Paul Kampffmeyer. — Preis 40 ₰. — Verlag der Fränkischen Verlagsanstalt und Buchdruckerei Herm. Sydow & Co., Nürnberg. Auf nur 48 Seiten drängt der Verfasser in übersichtlicher Weise die Geschichte und Literatur der Sozialdemokratie zusammen. Der Gedankengang aller theoretisch und taktisch wichtigen Parteischriften ist in der kleinen Broschüre wiedergegeben.

Briefkasten.

* Mehrere Berichte mußten wegen Raummangels zurückbleiben.

* Wer liefert die beste Schränkzange?

Tondern, E. Mit der „Ehrenworterklärung“ hättet Ihr kommen sollen, als ich sie gebrauchte. Damals hat sich kein Mensch gemeldet, daß K. außer mir gegenüber, auch noch dort Personen sich ehrenwortlich verpflichtet hat, während des Streiks in Flensburg keine Thüren zu machen.

Dresden, M. Welche Uhrgehäuse-Fabrik in ganz kurzer Zeit 200 Gehäuse liefern kann? Das dürften viele können; vielleicht melden sich solche bei uns, deren Adressen wir Ihnen dann mittheilen wollen.

Ottensen, J. W. Man verwendet zum Eintröpfeln in die Wurmlöcher Benzin oder Essigsäure. Das wird aber für Ihren Zweck viel zu zeitraubend und für die große Quantität des Holzes auch zu theuer sein. Ein anderes Verfahren giebt es unseres Wissens aber nicht.

Naumburg, B. Hatte die Absicht, das Urtheil gleich wieder zurückzusenden, es ist aber dabei geblieben. Habe es noch einmal durchgesehen aber nichts darin gefunden, das Anlaß zu einer Kritik geben könnte. Gewiß, es kommt häufig genug vor, daß Nutzholz zum Heizen verwandt wird, wenn kein anderes Heizmaterial da ist, aber vor Gericht kann das als Ausrede nicht gelten; um so weniger, als ausdrücklich ein Verbot zum Verbrennen von Nutzholz (hier Falzleisten und ein leicht beschädigter Zwingenstock, wie unter Eid ausgesagt wurde) vorlag, und zum Anderen Hobelspähne auf dem Hof zu dem Zwecke lagerten. War der betreffende Geselle auch nicht dazu verpflichtet, sich diese Spähne heran zu holen, so mußte er sich an den Arbeitgeber wenden, damit dieser für Herbeischaffung sorgte. „Wo kein Kläger ist, da ist auch kein Richter“, sagt ein altes Sprüchwort. Hier war nun aber ein Kläger und auch ein Richter war da, der nach dem Buchstaben des Gesetzes urtheilte. Wenn überall und jedes Mal, wie in diesem Falle, Klage angestrengt würde, dann müßte der Verband einen größeren Rechtsschutzfonds anlegen. Man kann darüber streiten, ob der Werth der verbrannten Leisten so hoch war, wie der Zeuge aussagte, aber zweifellos lag nach der heutigen Rechtsauffassung eine Sachbeschädigung vor und da konnte nichts Anderes als eine Verwerfung der Berufung die Folge sein.

Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter.

(E. H. 3 in Hamburg.)

Vom 19. Oktober bis 2. November gingen folgende Gelder ein: Altona ℳ 700, Hamburg IV 600, Freiburg i. B., Hamburg III, Würzburg I je 500, Steglitz 450, Lübeck, Mölln, Berlin A, Karlsruhe, München II, Dresden-A., Berlin B, Plagwitz je 400, Wandsbek, Nürnberg, Hamburg I je 350, Magdeburg, Rod, Eutritzsch, Fechenheim, Frankfurt a. M., Heidelberg, Oggersheim, Bitterfeld, Weißensee je 300, Bruck, Darmstadt, Schöneberg, Schmölln, Bonn, Bayreuth, Zeitz, Neu-Isenburg je 250, Feuerbach, Bautzen, Offenburg, Sellerhausen, Hörde, Kastel, Kassel, Emmendingen, Görlitz, Volkmarsdorf, Lamberg, Leipzig I, Schwerin, Dombach, Hasselbach, Leipzig III, Reinickendorf je 200, Gaarden 180, Sangerhausen 170, Schönefeld 160, Eckesey, Starnberg, Sand, Griesheim, Neuendorf, Schweinfurt, Lüneburg, Freiberg i. S. Striesen, Zeulenroda, Niedererlenbach, Lößnitz, Schaafheim, Sand, Wiesen, Endenich, Langendiebach, Salmünster je 150, Haintchen, Dünnwald, Schkeuditz, Soden, Bödingen, Welzheim, Böhlitz, Eppenhein, Friesenheim, Hildesheim, Cröllwitz, Neu-Schönefeld, Johanngeorgenstadt, Hürth, Löbau, Schwäb. Hall, Brühl, Dauborn, Tauberbischofsheim, Oldenburg, Jena, Grabow, Wehlheiden, Arzheim je 100, Debschwitz 90, Strehlen, Eisenach, Siebenlehn je 80, Brieg, Großenhain, Weißenfels Salzungen je 75, Wilhelmshausen 63, Budenheim, Nauheim, Memmingen, Riesa, Wolfenbüttel, Lorch je 50, Buchheim 70, Niesky 60, Oberkirch 40, Mannsdorf 30, Neckarau 61,20. Summa ℳ 22689,20.

Vom 19. Oktober bis 2. November erhielten Zuschüsse: Mundenheim ℳ 400, Berlin D 300, Bickendorf, Cannstatt, Haibach, Deutz, Reudnitz je 200, Rawitsch, Stade, Beiertheim, Bielefeld, Potsdam, Neuwied, Duisburg je 150, Unterurhaus, Kretzschau, Jebenhausen, Bruchsal, Oschatz, Bergen, Brandenburg, Muggensturm je 100, Gleiberg 80, Elmshorn, Liemehna je 75, Stendal, Fußgönheim, Ohrdruf, Prenzlau je 50, Burgstädt 40. Summa ℳ 4070.

Krankenunterstützung für Einzelmitglieder wurden durch die Hauptkasse bezahlt ℳ 1153,45. **L. Jacobs**, Hauptkassirer.

Versammlungs-Anzeiger.

Altona. Am Mittwoch, den 13. November, Abends 8½ Uhr, im Lokale d. Herrn Christiansen, Blumenstr. 41. T.-O.: 1. Die wirthschaftliche Lage der Konfektionsarbeiter. Referent Genosse Stühmer. 2. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Barmen. Am Montag, den 11. November, Abends 9 Uhr, bei F. Joeren, Brucherstr. 7.

Bergedorf. Sonnabend, den 16. Novbr., Abends 8½ Uhr.

Charlottenburg. Montag, den 11. Novbr., Abends 8½ Uhr, bei Leber, Bismarckstr. 74: Generalversammlung.

Düsseldorf. Dienstag, den 12. November, Abends 8½ Uhr, im „Gewerkschaftshaus", Bergerstr. 8.

— Sektion der Modellschreiner. Samstag, den 9. Novbr., Abends 9 Uhr, bei Erlinghagen, Kölnerstr. 26.

Elberfeld. Montag, den 11. November, Abends 9 Uhr, in der „Zentralherberge", Gr. Klotzbahn 26.

Hamburg. Sektion der Drechsler. Sonnabend, den 9. November, Abends 9 Uhr, bei v. Salzen, Caffamacherreihe. Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Lüth: „Der Arbeitsvertrag". 2. Wahl des Sektionsführers. 3. Werkstattangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Da eine Neuwahl des Sektionsführers stattzufinden hat, werden die Kollegen ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Der Sektionsführer.

Nienburg. Sonnabend, den 9. November, Abends 8½ Uhr, im Lokale des Gastwirths Fr. Henkel, Hintereistraße.

Wernigerode. Sonnabend, den 16. Novbr., Abends 8½ Uhr, bei W. Stürmer, „Stadt Stolberg".

Anzeigen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Berlin. Arbeitsnachweis und Herberge befinden sich Engelufer 15, im **Gewerkschaftshause.** Daselbst wird auch die Reiseunterstützung ausbezahlt.

Konstanz. Die Herberge befindet sich nunmehr im **„Gasthaus zum Kratzer"**, Salmannsweilergasse. Daselbst wird auch die Reiseunterstützung Mittags von 12—1 und Abends von 7—8 Uhr ausbezahlt. Vereinslokal: **Restaurant Keller"**, Dammgasse.

M.-Gladbach. Den reisenden Kollegen zur Nachricht, daß sich unsere Herberge beim Gastwirth **Josef Blum,** Kapuzinerstr. 16, befindet und werden die Kollegen gebeten, nur selbige zu benutzen. Die Reiseunterstützung zahlt der Kassirer **Alois Gebauer,** Mühlenstraße 158, part., Abends von 8—9 Uhr, aus.

Stralsund. Bevollmächtigter **E. Russoll,** Lobshagen 7. Kassirer **K. Unterborg,** Jungfernstieg 2. Reiseunterstützung zahlt der Kassirer im Vereinslokal, Sembowerstr. 10, Mittags von 12—1 u. Abds. von 6—7 Uhr aus.

Der Kollege **Friedrich Opawsky,** Buch-Nr. 138 041, wird aufgefordert, die geliehenen Bücher an die Gewerkschaftsbibliothek zurück zu liefern. Die Kollegen, welche ihn kennen, wollen ihn darauf aufmerksam machen.

Josef Müller, Bevollmächtigter,
Baden-Baden, Langestraße 74.

Der Polirer **Robert Gebhardt** aus Waldheim (Buch-Nr. 64 046), wird hiermit aufgefordert, seiner Verpflichtung der Zahlstelle Brand gegenüber nachzukommen. Kollegen, welche seinen Aufenthalt kennen, werden ersucht, ihn hierauf aufmerksam zu machen bezw. keine Adresse an Unterzeichneten zu senden.

Karl Beck, Vertrauensmann,
Freiberg i. S., Fürstenthal 10 a.

Der Kollege **Heinrich Schulz,** Buch-Nr. 87 315, wird ersucht, seinen Aufenthalt an die Verwaltungsstelle Bernau betreffs Klagesache bekannt zu geben.

Richard Kunze, Bevollmächtigter,
Hohensteinstr. 44.

Um die Adresse des Tischlers **K. Leander,** geboren am 3. Februar 1875 oder 1876 zu Gumen (?) bei Magdeburg, ersucht dringend

Die Expedition der „Holzarb.-Ztg.".

Sterbetafel
des
Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Ernst Ruddenberg, geb. 13. 8. 76 zu Osnabrück, gest. 25. 10. 1901 an der Schwindsucht zu **Osnabrück.**

Ehre seinem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Der Tischler **Herm. Schulenburg** wird ersucht, seine Adresse sofort an seinen Bruder zu senden. Die Kollegen wollen ihm hiervon Mittheilung machen.

C. Schulenburg, Weinheim (Baden),
Zindenplatz 87, b. Mertel.

Die Tischler **Karl Baiko,** geboren 15. August 1879 zu Dingsen b. Iserlohn, und **Hermann Jolle,** geb. 11. August 1875 in Amerika, St. Maryland, werden ersucht, umgehend ihre Adressen dem Unterzeichneten mitzutheilen. Die Zahlstellen-Verwaltungen werden gebeten, die Betreffenden darauf aufmerksam zu machen.

Paul Krumrey,
Brandenburg a. d. H., Dom 35.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Altona.

Am **Sonntag, den 10. November 1901:**

Gr. Wintervergnügen

unter Mitwirkung der Liedertafel **„Loreley"**, verbunden mit **Theateraufführung,** sowie großartiger **Kappenpolonaise,** in den „Blumensälen", Gr. Freiheit.

Anfang 7 Uhr.

Preis der Karte für Herrn nebst Dame 30 ₰.

Hierzu ladet freundlichst ein

Das Festcomité.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Lauenburg (Elbe).

Sonntag, den 10. November 1901:

Tanz-Kränzchen

im **Körting'schen** Lokale.

Die Mitglieder werden hierzu freundlichst eingeladen und ersucht, vollzählig zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Suche per sofort einen tüchtigen **Drechsler.**
Chr. Terveer, Detern i. Ostfr.,
Tischlerei und Drechslerei mit Kraftbetrieb.

Suche 2—3 **Korbmacher** auf Mattarbeit bei gutem Lohn.
Peter Wiesner, Korbmachermeister,
Schwanheim a. M., Querstr. 25.

Zwei **Korbmacher** auf Reisekörbe und Geschlagen sofort gesucht.
O. Klauer, Erfurt, Gr. Ackerhofgasse 1 d.

Suche per sofort **6 Korbmachergehülfen** und einen **Deckelmacher** auf Fischkörbe.
C. Fieke, Oldenburg i. Gr.

---

10 Korbmacher auf Mattarbeit verlangt.
Adolf Belz, Beuthen a. d. O.

Ein tüchtiger **Korbmacher** auf Rohrarbeit findet bei hohem Akkordlohn sofort dauernde Stellung. **W. F. Schultze,**
Kaiserslautern (Pfalz), Fabrikstr. 8.

Tüchtiger Korbmacher,
auf Congo und Gestellarbeit, gesucht.
Franz Ruder, Bad Nauheim.

Einen jüngeren Bürstenmacher für sämmtliche Arbeiten sucht
Herm. Dossmann, Bernburg.

Tischlerwerkzeuge Ia.

Anerkannt das Beste, was in dieser Branche nur geliefert werden kann, fabrizirt und hält auf Lager **H. Himstedt, Hamburg,** Lange Mühren 86, 87. Preislisten a. Wunsch z. Diensten. (Geringe, sog. Ladenwaare führe ich nicht.)

W. A. Langer, Leubsdorf, Sachs.,
empfiehlt dauerhafte
Arbeitshosen, praktisch für Holzarbeiter.

2 Paar **Double-Lederhosen,** ganz stark, Farbe silbergr. od. dunkelbr.	M. 9,80
2 Paar dto., mittelstark	„ 8,80
2 Paar **Zeughosen,** gute Qual., einfarbig dunkel, oder hell gestreift	„ 7,50
2 Paar **Zeughosen,** leichtere Qual., verschiedene Farben	„ 6,50

Versand nur von 2 Paar an franko!

Umsonst und franko erhält Jeder meinen **Prachtkatalog** mit za. 3000 Abbild. v. Messern, Scheeren, Sensen, Waffen, Fernrohren, Gold- und Lederwaaren 2c. (unentbehrl. für jeden Haushalt). Empfehle unübertroffene **Silberstahl-Rasirmesser** mit Etui zu M. 2, desgleichen **Diamantstahl** M. 3 gegen Nachnahme oder vorherige Kassa.

Fritz Hammesfahr, Stahlw.-Fabrik,
Fache-Solingen 18.

Viel sparen

kann Jeder, der das rühmlichst bekannte und von Tausenden empfohlene

Felsen-Hemd

trägt. Bestes Tricot-Hemd, fast unzerreißbar, warm — nicht einlaufend

Brust- oder Achselschluß:	mittel M. 2,50	groß 2,75	ganz groß 3,—
Hosen:	„ 2,—	2,20	2,40

Vorhersendung od. Nachn. v. 3 Stck. an franko.

Alleinverkauf: **Gustav Krödel, Zeitz.**

Gute 5 u. 6 ₰-Zigarre.
H. Siemers, Hamburg, Neustädterstr. 101.

Tischler-Fachschule Detmold

Drei- u. sechsmonatl. Kursus. Eintritt am 1. jedes Monats. Bewährte Ausbildung.

Praktisches Unterrichtsbuch
für Tischler, Bildhauer, Drechsler 2c.
von **Ernst Loose,**
städtischer Lehrer u. Lehrer a. d. Bundesfachschule zu Magdeburg.

Zweite, bedeut. erweiterte u. verbesserte Auflage.

Inhalt: Abth. 1. Die richtige Schreib- und Sprechweise. Abth. 2. Geschäftsbriefe u. Geschäftsaufsätze. Abth. 3. Das Fachrechnen. Abth. 4. Die wichtigsten Hölzer. Abth. 5. Werkzeugkunde des Tischlers, Bildhauers, Drechslers 2c. Abth. 6. Das Kostenberechnen. Abth. 7. Die Buchführung. Abth. 8. Wechsellehre. Abth. 9. Gesetzeskunde. Anhang: Aus dem Einkommensteuergesetz.

Preis M. 3, eleg. gebunden M. 3,50.

Zu beziehen durch die Expedition dieses Blattes.

Der deutsche Tischlermeister.
Berlin SW, Friedrichstr. 31.

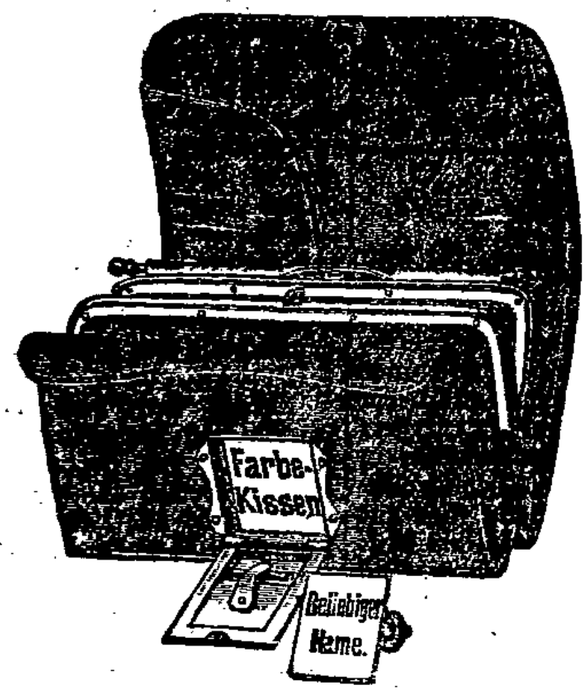
Anerkannt hervorragendste Fachzeitung der Tischlerei. • Jede Nummer enthält praktisch verwendbare Zeichenvorlagen für Möbel- und Bautischlerei. • Zahlreiche Textillustrationen. • • Wöchentlich erscheint eine Nummer. • • Abonnement kann jederzeit begonnen werden. • Eine Postkarte genügt. • Vierteljährlicher Abonnementspreis Mk. 1,75. • Stellengesuche von Abonnenten werden gratis aufgenommen.

Jeder Abonnent erhält einen inhaltsreichen, werthvollen Tischlerkalender (Taschen- und Nachschlagebuch) für das Jahr 1902 gratis.

Slomke's Städtebuch

für reisende Arbeiter, Handwerker u. Künstler, mit Eisenbahn- u. Wegekarte von Deutschland und angr. Ländern. 356 Seiten, geb. M. 1,20. Zu beziehen d. alle Buchhandl. od. geg. Einf. v. M. 1,40 von **G. Slomke's Verlag, Bielefeld.**

Ein Portemonnaie mit Stempel



1/2 natürlicher Größe.

für Mk. 2,50 pro Stück.

Feines, schwarzes Bockleder-Portemonnaie mit vernickeltem Innenbügel, wie Abbildung, vernickeltes Schloß, sehr solid gemacht, **mit beliebigem, auswechsbarem Gummistempel** zum Stempeln von Briefen, Postkarten, Adressen u. s. w. inkl. Stempelfarbe liefern wir für obigen Preis gegen Nachnahme.

Namen, fein vergoldet, in Druckschrift auf das Portemonnaie gepreßt, 25 Pfg. pro Stück extra.

Hauptkatalog,
za. 2000 Abbildungen unserer Waaren enthaltend, umsonst und portofrei.

E. von den Steinen & Cie.,
Stahlwaarenfabrik u. Versandhaus,
Wald 34, bei Solingen.

Paul Horn, Hamburg
Pappel-Allee 26—36 Eilbeck Pappel-Allee 26—36

Fabrik chemischer Produkte.

Paul Horn's Mattpräparate (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind **absolut wasserecht,** tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.

Paul Horn's Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben sich in den grössten Fabriken dauernd Eingang verschafft.

Paul Horn's wasserechte Beizen in allen Holzfarben, auch **altmahagoni** und **englischgrün,** rauhen das Holz nicht auf, prachtvolle Farbentöne, sofort trocken.

Paul Horn's Politur-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polirfähig, dauerhaft, schnell trocknend.

Paul Horn's Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse.

Paul Horn's Schellack-Politur-Extracte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.

Paul Horn's Patent-Politur zum Reinpoliren erzeugt durch einen einzigen Ballen glasharten, blitzblanken Glanz, entfernt alle Oelwolken u. verhindert unt Garantie d. Oelausschlagen

Paul Horn's Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Waare zum Versand gebracht.

Paul Horn's Flintsteinpapiere sind überall gelobt, da zähe und scharf.

Paul Horn's diverse Sorten Leim sind preiswerth und von ff. Qualität.

Paul Horn liefert Ia. rectifizirten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrole.

Paul Horn ist „preisgekrönt Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889."

Paul Horn erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1889.

Paul Horn besitzt das Ehrendiplom der Drechslerei-Fachausstellung Leipzig 1890.

Paul Horn sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus allen Fachkreisen, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen.

Paul Horn versendet Preisbücher gratis und franko.

1895 „Goldene Medaille", Lübeck.

Verlag: A. Rösle, Druck: Hamb. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Auer & Co., Beide in Hamburg.